

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements - Preis: pränumerando
Bierzeitschrift 3,90 RM., monatl. 1,30 RM.,
wöchentlich 30 Pf., frei im Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle
zeile oder deren Raum 60 Pf., für
politische und gesellschaftliche Berichte
und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moriaplan, Nr. 151 90-151 97.
Mittwoch, den 13. Dezember 1916.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moriaplan, Nr. 151 90-151 97.

Das Friedensangebot der Mittelmächte
Einladung zur Konferenz

Der Reichskanzler hat am Dienstag, den 12. Dezember, vormittags 12 Uhr, die Vertreter der neutralen Schutzmächte, Spanien, Vereinigte Staaten, Schweiz, empfangen und ihnen folgende Note zur Uebermittlung an die kriegsführenden Mächte der Gegenseite überreicht:

„Der furchtbarste Krieg, den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit bald 2 1/2 Jahren in einem großen Teile der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, bringt die Menschheit um ihre wertvollsten Errungenschaften. Sie droht, den geistigen und materiellen Fortschritt, der den Stolz Europas zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildete, in Trümmer zu legen. Deutschland und seine Verbündeten, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, haben in diesem Kampf ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen. Unererschütterlich halten ihre Linien den immer wiederholten Angriffen der Heere ihrer Feinde stand. Der jüngste Ansturm im Balkan ist schnell und siegreich niedergeworfen worden, die letzten Ereignisse beweisen, daß auch eine weitere Fortdauer des Krieges ihre Widerstandskraft nicht zu brechen vermag, daß vielmehr die gesamte Lage zur Erwartung weiterer Erfolge berechtigt.

Zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit wurden die vier verbündeten Mächte gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Auch die Ruhmestaten ihrer Heere haben daran nichts geändert. Stets haben sie an der Ueberzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten. Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, zugleich aber von dem Wunsche beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten, schlagen die vier Verbündeten vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Vorschläge, die sie zu den Verhandlungen mitbringen und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, bilden nach ihrer Ueberzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens.

Wenn trotz dieses Anerbietens zum Frieden und zur Versöhnung der Kampf fort dauern sollte, so sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Sie lehnen aber feierlichst jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte ab.

Die verbündeten Regierungen in Wien, Sofia und Konstantinopel haben gleichlautende Noten an die feindlichen Regierungen gerichtet. Die Parlamente Ungarns, Bulgarens und der Türkei hielten zugleich mit dem Reichstag Sitzungen ab, in denen die Note der Mittelmächte zu ihrer Kenntnis gebracht wurde.

Die Menschheitsfrage des Friedens.

Fünf Tage nach dem Fall von Bukarest hat Deutschland gemeinsam mit seinen Verbündeten ein förmliches Friedensangebot an die feindlichen Mächte gerichtet. Sonst war es der Geschlagene, der die Vermittlung anrief, um das Friedensgebot des Gegners zu erfahren und das ihm drohende Schicksal nach Möglichkeit zu mildern. Diesmal ruft eine Mächtegruppe die Vermittlung der Neutralen - auch des Papstes - an, die im Verlauf eines zweieinhalbjährigen Völkerringens ihre unererschütterliche Kraft bewiesen hat, und die gerade jetzt auf dem Höhepunkt ihrer Erfolge steht.

Das ist das Große, Neue an dem Ereignis vom 12. Dezember. Es ist so neu, daß dem Verständnis derer vorgebaut werden mußte, deren Denken sich in den ausgefahrenen Gleisen geschichtlicher Erfahrungen bewegt. Schon vordem hieß es drüben: „Deutschland bittet um Frieden, also fühlt es sich geschlagen!“ Und daraus wurde der Schluß gezogen, man brauche nur noch ein wenig fester zuzufassen, um das von allen Seiten angegriffene Volk vollends zu Boden zu werfen.

Dieser kriegverlagernden Wirkung eines mißverstandenen Friedensangebots ist durch die Tatsachen selbst wie durch die Erklärungen der deutschen Regierung vorgebeugt. Auch dieser Ausweg ist verlegt, und es ist kein müßiger Zeitvertreib, sich den Kopf derer zu zerbrechen, die in diesem Augenblick nach einem Vorwand suchen, um den ihnen angebotenen Frieden abzulehnen.

Die Ablehnung wird dadurch erschwert, daß die Vorschläge der Mittelmächte nur angekündigt, nicht mitgeteilt werden. Die Gegner können nun wohl verlangen, daß ihnen diese Vorschläge bekanntgegeben werden, bevor sie ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen erklären. Die Mittelmächte könnten dann die Ueberreichung der feindlichen Gegenvorschläge verlangen, die aufzustellen den Gegnern wohl einige Schwierigkeit bereiten würde. Deutschland aber ist bereit, diese Gegenvorschläge auf der Konferenz entgegen zu nehmen, auf die es seine eigenen Vorschläge mitbringen will. In welchem Rahmen sich die Vorschläge der Mittelmächte bewegen sollen, ist an jener Stelle der Note gesagt, an der es heißt:

Stets haben sie (die Mittelmächte) an der Ueberzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und ihre begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu denen der anderen Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, ihren Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten. Rechte und begründete Ansprüche beider Seiten sollen also durch die Verhandlungen ins Gleichgewicht gebracht werden. Die Mittelmächte selbst wollen ihre Ehre, ihr Dasein, ihre Entwicklungsfreiheit sichern, sie wollen ihren Gegnern nicht verwehren, das gleiche zu tun,

dem nur auf diese Weise kann die Grundlage für die „Herstellung eines dauernden Friedens“ geschaffen werden.

Erinnert man sich zugleich der Worte, die der Reichskanzler schon am 9. November über Belgien und über die Bereitwilligkeit Deutschlands zur Mitwirkung in einem überstaatlichen Friedensbunde gesprochen hat, und nimmt man noch dazu, daß in der Note an den Papst von einer „Grundlage der Verständigung“ die Rede ist, dann kann man sich ungefähr vorstellen, wie die Vorschläge der Mittelmächte beschaffen und von welchem Geiste sie getragen sind. Und dann kann man auch jene nicht um ihre Verantwortung beneiden, die heute schon bereit sind, die Vorschläge unbezweifelnd zurückzuweisen.

Im Ausland jenseits der Schützengräben wird der Schritt der Mittelmächte einen Sturm der Erregung hervorrufen. Seine regierenden Mächte sind von einer moralischen Umklammerung bedroht, die noch gefährlicher ist als die strategische. Sie können vielleicht die Stimme der Vernunft noch einmal ertönen - aber ein neues Bukarest können sie dann nicht mehr riskieren, der Unmut ihrer Völker würde diese unerbittlichen Verlierer in den Ortus schleudern.

Wir - warten. Und dieses Warten wird schwer genug, auch wenn wir uns mit dem äußersten Mißtrauen panzern. Ein Hundertstel Hoffnung gegen neunundneunzig Hundertstel Zweifel genügt, um die Pulse rascher schlagen zu lassen. Was kann an Menschenglück noch gerettet werden, wenn es diesmal gelingt! Und was kann unwiederbringlich verloren gehen, wenn es mißlingt!

Die Sozialisten Frankreichs gehören noch immer einer Regierung an, deren Verbündeten an der Newa seine militärische Unzulänglichkeit mit uszerloren Eroberungsplänen drapiert. Und die englischen Arbeiterparteiler sind eben in ein Kabinett eingetreten, dessen Programm der Krieg bis zum Ende ist.

Die deutschen Sozialisten bilden sich nicht ein, fehlerfrei zu sein. Aber wessen Urteil nicht durch leidenschaftliche Gehässigkeit getrübt ist, wird nicht sagen können, daß sie ihre Sache immer schlecht gemacht haben. Der Geist des internationalen Sozialismus, der sie auffordert, für die rasche Beendigung eines einmal ausgebrochenen Krieges zu wirken, ist in ihnen nicht tot. Er ist lebendige Kraft auch in dieser Zeit!

Die Arbeiter Englands, Frankreichs, Italiens, Rußlands sind heute vor die Aufgabe gestellt, der Welt und ihrem eigenen Volk einen ungeheuren Dienst zu leisten, indem sie sich mit den Deutschen zusammen auf den Boden gemeinsamer Friedensarbeit stellen. Auch sie haben für ihr Land namenlose Opfer gebracht, und niemand wird von ihnen erwarten, daß sie sich mit einer Demütigung ihres Volkes, mit einer Schädigung ihrer Interessen durch den Friedensschluß einverstanden erklären. Auch ihre Parole kann ebensowenig wie die unsere lauten: Frieden um jeden Preis.

Aber Krieg um jeden Preis? Ablehnung der Friedensangebote ohne Prüfung, ohne Verhandlung? Das kann ihre Sache nicht sein! Denn jene, die diese mörderische Pa-

role ausgeben, wird der Fluch der ganzen Menschheit treffen, der Fluch des eigenen Volkes vielleicht zu allerletzt, aber am aller schwersten. Sollen wir auch hier verjweifeln? Nein, wir wollen hoffen, solange nicht bittere Wirklichkeit diese Hoffnung Lügen straft!

Die Sitzung.

Denige Sitzungen des Reichstages dürften zeitlich von solcher Kürze, wenige aber auch von so weltgeschichtlicher Bedeutung gewesen sein, wie die vom 12. Dezember. Es versteht sich, daß in Erwartung besonders bedeutungsvoller Ereignisse die Tribünen des Hauses bis auf den letzten Nag vollgepfropft waren. Auch vor dem Reichstagsgebäude hatte sich eine erwartungsvolle Menge angeammelt. Das Abgeordnetenparlament bot noch zur Zeit des angehenden Sitzungsbegins das Bild einer mäßig besuchten Sitzung, um sich aber bei der etwas verspäteten Eröffnung schnell zu füllen.

Sogleich nach Eintritt in die Tagesordnung erteilt der Präsident Raempf ohne Umschweife dem Reichskanzler das Wort. Herr v. Bethmann spricht anfangs mit halblauter Stimme, die zuweilen das Zittern der inneren Spannung durchläßt. Seine Hinweise auf die jüngsten Kriegserfolge, namentlich auf die ungeheuren Leistungen der Truppen, die das Unmögliche möglich gemacht haben, werden vom Hause mit anhaltendem Beifall begleitet.

Die Stimme des Kanzlers verstärkt sich, als er auf die Ziele der Feinde und die eigenen Ziele eingeht. Er spricht von dem Gefühl der Verantwortung vor Gott, dem eigenen Volke und der Menschheit, von den bisherigen Erklärungen der Regierung zur Friedensbereitschaft.

Dann folgt die entscheidende Wendung: „Diesmal sind wir einen Schritt weiter gegangen“ und im Anschluß daran die Mitteilung des Entschlusses, den Feinden den Eintritt in Friedensverhandlungen vorzuschlagen. Stürmischer demonstrativer Beifall folgt diesen Worten, aber dem scharfen Beobachter bleibt es nicht verborgen, daß ein Teil des Hauses, namentlich die Rechte, nicht daran teilnimmt. - Unter lautloser Stille verliest der Kanzler den Wortlaut der Note. Noch einmal wird der Beifall stürmisch und allgemein, als der Kanzler die Verantwortung für die Verlängerung des Krieges ablehnt. An dem sehr kräftigen Schlußbeifall, den der Kanzler erntet, beteiligt sich wieder ein Teil des Hauses nicht.

Der Rede folgt eine kurze Geschäftsordnungsdebatte. Der Zentrumsführer Spahn beantragt Vertagung auf unbestimmte Zeit mit der Ermächtigung für den Präsidenten, die nächste Sitzung anzuberäumen. Ihm widersprechen der Nationalliberale Vasser mann und der Konservative Graf v. Westarp, die eine Besprechung der Kanzlerrede noch am gleichen Tage oder spätestens am Mittwoch wünschen. Zu ihnen gesellt sich der Genosse Ledebour von der Sozialarbeitsgemeinschaft; auch er hält eine sofortige Besprechung für geboten. Der Antrag Spahn wird jedoch mit Mehrheit

angenommen. Für ihn stimmt außer dem Zentrum, der fortschrittlichen Volkspartei, den Polen und Elässern auch die sozialdemokratische Fraktion. Die Anträge Graf Westarp und Wassermann sind damit erledigt.

Das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion in der gegenwärtigen Situation war ganz richtig. Bei anderen Gelegenheiten hat sich die Fraktion gegen bloße Deklamationen der Regierung vor dem Reichstag gewandt; aber hier liegen die Verhältnisse anders: Die Worte des Reichskanzlers richten sich in erster Linie an das Ausland, und zwar an unsere Gegner. Von diesen soll erst einmal die Antwort kommen, sie stehen als erste auf der Rednerliste, wir wollen ihnen weder ihr Recht noch ihre Pflicht abnehmen, sich möglichst ohne Ablenkungen zur Rede des Reichskanzlers zu äußern. Die Wassermann und Westarp verfolgten mit ihrem Antrag sicherlich nicht eine theoretische Wahrung der Parlamentsrechte, sondern sehr reale, praktische Ziele: sie wollten durch die Debatte der Kanzlerrede von vornherein ein anderes Gesicht geben und möglichst erreichen, daß nicht diese Rede, sondern das Westarp-Wassermannsche Echo im Ausland diskutiert würde. Wir haben keinen Grund, die Politik der Kanzlerfronde und damit ihre sachlichen Kriegsziele zu unterstützen. Unsere Aufgabe ist es, für den Frieden zu wirken, und das geschah in diesem Augenblick am besten, indem man die Kanzlerrede für sich allein in die Welt hinausgehen ließ.

Warten wir die Antwort der Gegner ab. Sie wird ja nicht zu lange auf sich warten lassen, und soviel Geduld muß ein jeder aufreiben. Wenn wir wissen, wie unsere Gegner sich zu dem Friedensangebot der deutschen Regierung stellen, dann wird auch für den Reichstag die Zeit gekommen sein, seine Stimme zu erheben.

80. Sitzung, Dienstag, den 12. Dezember, mittags 1 Uhr.

Das Haus und die Tribünen sind überfüllt, auch die Hof- und Diplomatengänge sind dicht besetzt.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann Hollweg, Zimmermann, Dr. Helfferich, v. Stein, Gröner, Graf Roeben, Solf, v. Capelle, v. Breitenbach, Weseler, Dr. Lenze, v. Schorlemer, v. Roebell, Savenstein und die Vertreter sämtlicher Bundesstaaten.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1/2 2 Uhr und erteilt sofort dem Reichskanzler das Wort.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

In der Hoffnung auf baldige neue günstige Ereignisse im Felde ist der Reichstag nicht auf längere Zeit vertagt, sondern Ihrem Präsidenten anheimgegeben worden, den Tag der nächsten Sitzung zu bestimmen. Diese Hoffnung hat sich fast über Erwarten schnell erfüllt. Rumäniens Eintritt in den Krieg sollte unsere und unserer Verbündeten Stellungen im Osten auslocken. Gleichzeitig sollte die große Offensive an der Somme unsere Westfront durchbrechen und sollten erneute italienische Anstürme Oesterreich-Ungarn lähmen. Die Lage war ernst. Mit Gottes Hilfe haben unsere herrlichen Truppen einen Zustand geschaffen, der uns volle und größere Sicherheit bietet als je zuvor. (Lebhaftes Bravo!) Die Westfront steht, sie steht nicht nur, sie ist trotz des rumänischen Feldzuges mit Menschen und Material besser ausgestattet als früher. (Bravo!) Wegen aller italienischen Diversionen ist sehr nachdrücklich vorgesorgt. Und während an der Somme und auf dem Karst das Trommelfeuer erdröhnte, während die Russen gegen die Ostfront Siebenbürgens anstürmen, hat der Feldmarschall v. Hindenburg in genialer Führung ohne Gleichen und mit Truppen, die im Wett-eifer mit ihren Verbündeten in Kampf und Marschleistungen das Unmögliche möglich gemacht haben (Großer Beifall), die ganze Westwalachei und die feindliche Hauptstadt genommen. (Stürmischer Beifall.) Und Hindenburg rastet nicht! Die militärischen Operationen gehen weiter. (Bravo!) Zugleich ist unsere wirtschaftliche Versorgung fester fundiert worden. Große Vorräte an Lebensmitteln, Getreide, Öl und sonstigen Gütern sind in Rumänien in unsere Hände gefallen. Trotz aller Knappheit waren wir mit dem Eigenen ausgekommen, jetzt steht auch

unsere wirtschaftliche Sicherheit außer aller Frage.

(Lebhafter Beifall.) Und den großen Geschwunden auf dem Lande reihen sich würdig die Heldentaten unserer Unterseeboote an. (Stürmischer Bravo!) Das Hungersodent, das unsere Feinde gegen uns ausbieten wollten, werden sie nun selbst nicht los. (Bewegung und Beifall.)

Nach Verlauf des ersten Kriegsjahres der Kaiser sich an das deutsche Volk in öffentlicher Kundgebung wandte, sprach er das Wort: Großer Erleben macht ehrfürchtig und fest im Herzen. Niemals ist unser Kaiser und ist unser Volk anderen Sinnes geworden. Geniale Führung und unerhört heldenhafte Leistungen haben ehrene Taten geschaffen. Auch die innere Kriegsmüdigkeit, mit der unsere Feinde rechneten, war ein Trugschluß. Mitten im Drängen der Kämpfe da draußen hat der Reichstag mit dem Besch über den Vaterländischen Hilfsdienst eine neue Schulp, und Truppreue geschaffen. Hinter dem kämpfenden Heer steht das arbeitende Volk. (Bravo!) Die Miesenkraft der ganzen Nation ist wirksam für das eine gemeinsame Ziel. Nicht eine flüchtige Festung, wie unsere Feinde es sich dachten, sondern ein einziges gewaltiges, festgeordnetes Heerlager mit unerschöpflichen Hilfsmitteln, das ist das Deutsche Reich. (Lebhaftes Bravo.) Fest und treu im Bunde mit seinen kampferprobten Waffenbrüdern unter den österreichischen, ungarischen, türkischen und bulgarischen Bahnen. (Beifall.)

Unbeirrt durch das Gerede unserer Feinde, die uns bald Welt-eroberungspläne, bald verzweifelte Angriffe nachsagten, sind wir entschlossen weitergeschritten und schreiten wir entschlossen weiter, immer bereit, und zu wehren und zu schlagen für das Dasein unseres Volkes, für seine feste und gesicherte Zukunft und auch bereit, um diesen Preis die Hand zum Frieden zu bieten. (Lebhaftes Bravo! links und in der Mitte.) Denn unsere Stärke macht uns nicht taub gegen unsere Verantwortung vor Gott, vor dem eigenen Volk und vor der Menschheit. (Erneuter Beifall links und in der Mitte.) Unseren Erklärungen zur Friedensbereitschaft sind die Gegner bisher anscheinend.

Jetzt sind wir einen Schritt weiter gegangen.

Nach der Verfassung lag am 1. August 1914 auf dem Kaiser persönlich ein Entschluß so schwer, wie er noch nie von einem Deutschen hat gefaßt werden müssen, der Befehl zur Mobil-machung, der ihm durch die russische Mobil-machung ab-

gerungen worden war. Während der langen und schweren Kriegsjahre ist der Kaiser einzig von dem Gedanken erfüllt gewesen, wie einem fest gesicherten Deutschland nach Siegreich an-erkanntem Kampfe wieder der Friede bereitet werde. Niemand kann das besser bezugen als ich, der ich die Verantwortung für alle Regierungshandlungen trage.

In tiefstem stilllichem und religiösem Pflichtgefühl gegen sein Volk und darüber hinaus gegen die Menschheit hält der Kaiser jetzt den Zeitpunkt für eine offizielle Friedensaktion für gekommen. (Lebh. Beifall.) Der Kaiser hat deshalb in vollem Einvernehmen und in Gemeinschaft mit den ihm verbündeten Herrschern in Entschluß gefaßt,

den feindlichen Mächten den Eintritt in Friedensverhandlungen vorzuschlagen.

(Lebh. Beifall links und in der Mitte.) Ich habe heute Morgen den Vertretern derjenigen Mächte, die unsere Rechte in den feindlichen Ländern wahrnehmen, also den Vertretern von Spanien, der Vereinigten Staaten und der Schweiz, eine entsprechende, an alle unsere Feinde gerichtete Note mit der Bitte um Uebermittlung übergeben. Das Gleiche geschieht heute in Wien und Konstantinopel und in Sofia. Auch die übrigen Neutralen und Seine Heiligkeit der Papst werden von unserem Schritt benachrichtigt.

Der Reichskanzler verliest darauf den Wortlaut der an der Spitze unseres Blattes veröffentlichten Note. Sodann fährt er fort:

Im August 1914 rollten unsere Gegner die Machfrage des Weltkrieges auf,

jetzt stellen wir die Menschheitsfrage des Friedens.

(Bravo!) Wie die Antwort lautet wird, warten wir mit der Ruhe ab, die uns unsere äußere und innere Kraft und unser reines Gewissen verleiht. (Bravo!) Lehnen die Feinde ab, wollen sie die Weltlast von all dem Schrecklichen, was dann noch kommen wird, auf sich nehmen, dann wird bis in die letzte Hütte hinein jedes deutsche Herz von neuem in heiligem Zorn entflammen gegen Feinde, die um ihrer Vernichtung- und Eroberungsabsichten willen dem Menschenmorden keinen Einhalt tun wollen. (Bravo! rechts.)

In schicksalsschwerer Stunde haben wir einen schicksalsschweren Entschluß gefaßt. Er ist durchtränkt von dem Blute von Hunderttausenden unserer Söhne und Brüder, die ihr Leben gelassen haben für der Heimat Sicherheit. Menschen-würde und Menschenhand kann in diesem Völkerringen, das alle Schrecken irdischen Lebens, zugleich aber auch alle Größe menschlichen Mutes und menschlichen Willens in ungehörter Weise enthüllt hat, nicht bis an das Letzte heranreichen. Gott wird richten. Wir wollen fürchtlos und aufricht unsere Strafe ziehen, zum Kampf entschlossen, zum Frieden bereit. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Abg. Spahn (S.) zur Geschäftsordnung: Nach der Rede des Reichskanzlers beantrage ich die Vertagung, und zwar mit der Ermächtigung für den Präsidenten, die nächste Sitzung anzubekunden.

Abg. Wassermann (natl.): Meine Freunde haben den Wunsch, in eine Besprechung der hochbedeutsamen Rede des Herrn Reichskanzlers und der Handlung der Reichsregierung einzutreten, nicht um in langen Reden dazu Stellung zu nehmen, sondern um unseren Standpunkt in einer Erklärung niederlegen zu können. Das scheint uns der Wichtigkeit dieser Staatsaktion zu entsprechen, die in dieser gemeinsamen Note sich veräußert, aber auch der Stellung des Parlaments und seiner Bedeutung. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Daher rege ich an, entweder morgen eine Sitzung zur Besprechung der Rede des Reichskanzlers abzuhalten oder in einer Abendstunde, etwa um 8 Uhr, diese Sitzung fortzusetzen und dann in die Besprechung einzutreten.

Abg. Graf Westarp (L.): Auch meine Freunde sind der Meinung, daß sie zu der hochbedeutsamen Kundgebung, die wir soeben gehört haben, Stellung zu nehmen verpflichtet sind, und wir glauben, daß das in einer Weise geschehen kann, die dem Vaterlande zum Nutzen gereichen wird. Ich schließe mich daher namens meiner Freunde dem Antrag Wassermann an.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Namens meiner Freunde habe ich zu erklären, daß wir uns dem Antrag Wassermann anschließen. (Weiterkeit.) Gerade darin, daß die Parteien verschiedener Richtung das dringende Bedürfnis haben, in dieser Situation die Stimme des Deutschen Reichstags zur Geltung zu bringen, liegt der Beweis, daß es wirklich notwendig ist. (Sehr richtig!) Es ist auch deshalb notwendig, weil die Reichsregierung ja früher das Versprechen abgegeben hat, daß, wenn die Zeit gekommen ist, das Volk volle Freiheit der Aussprache über die Kriegs- und Friedensziele haben müsse. Es muß vor allem der Deutsche Reichstag in erster Reihe das Wort nehmen, um vor dem Volke auszusprechen, was er über diese Frage denkt.

Der Antrag Spahn wird mit den Stimmen der Volkspartei, der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Polen und Elässern angenommen.

Präsident Dr. Kaempf: Ich glaube, in diesem historischen Moment der Anschauung des Reichstags und des ganzen Volkes mit den Worten Ausdruck zu geben: Die Reichsregierung wird für ihre weitaustragende vollstündliche und große Politik Volk und Volksvertretung stets einmütig hinter sich haben. (Lebhafter Beifall.) Ich schließe die Sitzung.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Ein Armeebefehl des Kaisers.

Der Kaiser hat an Heer und Marine folgende Order erlassen:

Soldaten! In dem Gefühl des Sieges, den ihr durch eure Tapferkeit errungen habt, haben ich und die Herrscher der treu verbündeten Staaten dem Feinde ein Friedensangebot gemacht. — Ob das damit verbundene Ziel erreicht wird, bleibt dahingestellt. — Ihr habt weiterhin mit Gottes Hilfe dem Feinde standzuhalten und ihn zu schlagen.

Eine Note an den Papst.

„Grundlage der Verständigung.“

Die deutsche Regierung hat an den Papst eine besondere Note gerichtet, die folgendes ausführt:

„Seit 2 1/2 Jahren vermisset der Krieg den europäischen Kontinent. Unendliche Kulturwerte sind vernichtet, weite Flächen mit Blut getränkt. Millionen tapferer Krieger sind im Kampfe gefallen, Millionen kehrten in schwerem Siechtum in die Heimat zurück.“

Schmerz und Trauer

erfüllen fast jedes Haus. Nicht bei den Kriegführenden allein, auch bei den Neutralen lasten die verheerenden Folgen des gewaltigen Ringens schwer auf den Völkern. Handel und Wandel, mühsam in den Jahren des Friedens aufgebaut, liegen danieder, die besten Kräfte der Völker sind der Schaffung nützbringender Werte entzogen. Europa, sonst der

Ausbreitung von Religion und Kultur, der Lösung sozialer Probleme gewidmet, eine Stätte für Wissenschaft und Kunst und für jede friedliche Arbeit, gleicht einem einzigen Kriegslager, in dem die Errungenschaften und die Arbeit vieler Jahrzehnte der Vernichtung entgegensehen.“

„Deutschland führt einen

Verteidigungskrieg

gegen die Vernichtungsabsicht seiner Feinde. Es kämpft für die reale Sicherheit seiner Grenzen, für die Freiheit seines Volkes, für dessen Anspruch, ungehemmt und gleichberechtigt mit allen anderen Staaten seine geistigen und wirtschaftlichen Kräfte in friedlichem Wettbewerb frei zu entfalten.“

„Immer offenkundiger haben unsere Feinde ihre

Eroberungspläne

enthüllt. Aber unerschütterlich stehen die ruhmreichen Heere der Verbündeten schützend vor den Grenzen ihrer Heimatländer, erfüllt und getragen von dem Bewußtsein, daß es den Segnern niemals gelingen wird, den ehernen Wall zu durchbrechen. Hinter sich wissen die Kampfreihen das gesamte Volk in hingebender Vaterlandsliebe, entschlossen, seine geistigen und wirtschaftlichen Güter, seine soziale Organisation, jeden Zoll des heimatischen Bodens bis zum letzten zu verteidigen.“

„Voll Kraftgefühl, aber auch voll Verständnis für Europas düstere Zukunft bei längerer Dauer des Krieges und voll Mitempfinden für das namenlose Elend und den Jammer der menschlichen Gemeinschaft wiederholt daher das Deutsche Reich im Verein mit seinen Bundesgenossen in feierlicher Form die schon vor Jahresfrist durch den Mund des Reichskanzlers ausgesprochene Bereitwilligkeit, der Menschheit den Frieden wiederzugeben, indem sie an die Welt die Frage stellt, ob sich nicht eine Grundlage der

Verständigung

finden läßt.“

Die Note hebt die vom Papst während des Krieges entfaltete Liebestätigkeit hervor und schließt: „Im Geiste seines hohen Amtes hat Seine Heiligkeit auch jede Gelegenheit wahrgenommen, um im Interesse der leidenden Menschheit auf eine Beendigung des blutigen Ringens hinzuwirken. Die kaiserliche Regierung glaubt sich daher der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß die Initiative der vier Mächte einen wohlwollenden Widerhall bei Seiner Heiligkeit finden wird und daß ihr Friedenswerk auf die wertvolle Unterstützung des Apostolischen Stuhles rechnen darf.“

Lloyd Georges Programmrede verschoben.

Der gestrige Tag war bestimmt, daß das neue englische Kabinett sich dem Parlament vorstellen und sein Programm offiziell mitteilen sollte. Dazu ist es nicht gekommen. Amtlich wurde am Montag gemeldet: Lloyd George hat sich eine starke Erkältung zugezogen und darf das Haus nicht verlassen. Er müsse ein oder zwei Tage das Zimmer hüten, meldete Reuter gestern. Da man sich daran gewöhnt hat, Meldungen von Ministererkrankungen skeptisch hinzunehmen, wird auch Lloyd Georges Erkältung mit politischen Ursachen in Verbindung gebracht, und es erscheint durchaus logisch, daß Lloyd George seine Programmrede verschob, weil die wichtige Erklärung des deutschen Reichskanzlers für Dienstag angekündigt wurde. Der Donnerstag wird nunmehr die Antwort der englischen Regierung auf das deutsche Friedenswort bringen. Wird sie anders lauten als der Inhalt des Schreibens, das Lloyd George, wie ein Amsterdamer Blatt berichtet, an die Mitglieder des Parlaments gerichtet hat und in dem er dem ganzen Lande mitteilt, daß es die vornehmste Aufgabe der Regierung sei, den Krieg aufs kräftigste fortzusetzen? Das Wort ist vor Tages geschrieben — ehe noch die Anregung der deutschen Regierungen, die heute in alle Welt hinaushallt, bekannt war — und vorher auch ist die Rede gehalten, in der Minister Henderson so gesprochen hat, wie es zu Lloyd Georges Schreiben paßt. Wir können diese Äußerungen also zwei Tage lang auf sich beruhen lassen und können uns damit begnügen, sie ohne Leidenschaft zu registrieren.

Henderson hat in Clapham, wie Reuter meldet, gesagt: Er hoffe, daß jeder Bürger einsehen würde, daß England mit dem Krieg noch nicht zu Ende sei. — Wenn England die Feinde nicht überwinde, sei die Zukunft so schrecklich, als daß man auch nur einen einzigen Augenblick daran denken könnte, er möchte jebermann vor der Gefahr eines vorzeitigen Friedens warnen. Englands amerikanischen Freunde und die anderen Neutralen sollten tun, was sie könnten, um einen Völkerring zu zustande zu bringen, der sich auf den Prinzipien der schiedsgerichtlichen Austragung von Differenzen aufbaue. Redner wolle sich ihnen später anschließen, aber nicht jetzt. Wir wollen keinen Frieden mit Belgien, Frankreich und Rumänien in der Lage, in der sie jetzt sind.

Welche Absichten dieser Wille, den Krieg fortzusetzen, sagt deutet sich in Äußerungen verschiedener Wäiter an: „Daily Mail“ verlangt neuerdings eine energisere Blockade, um den Krieg abzukürzen und die englischen Soldaten zu „retten“. Sie schreibt: Cecil fürchtet sich, neutrale Länder, wie die Niederlande und Dänemark zu verleiten. Wir legen aber mehr Wert auf englische Menschenleben als auf gute Beziehungen zu den Neutralen. In den beiden neutralen Ländern besteht eine starke Partei, die gegen die Hilfeleistung an Deutschland durch Lebensmittelförderung ist.

Der politische Mitarbeiter der „Times“ ist ermächtigt, mitzuteilen, daß die Regierungspartei zur Schließung der feindlichen Banken und Handelshäuser übergeben wird. Bonar Law hat als Schatzkanzler bereits beschlossen, die Namen aller feindlichen Firmen zu veröffentlichen, wie es Hughes in der ersten Woche des Krieges in Australien tat.

Protest dreier Minister an Lloyd George.

Rotterdam, 11. Dezember. Der parlamentarische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ berichtet, daß Long, Chamberlain und Cecil wegen der Angriffe der Presse auf Walfour, Cecil und Long einen Protestbrief gegen diese neue Zeitungstranche an Lloyd George gerichtet haben. Sie machen sich in dem Schreiben erbötig, zurückzutreten, falls Lloyd George dafürhalten sollte, daß ihre Demission sein Ministerium stärken würde. Walfour, der noch immer unwohl ist, erklärte sich mit diesem Brief einverstanden. Lloyd George verzichtete die protestierenden Kollegen seines vollkommnen Vertrauens.

Die letzte Nummer des „Oberber“ enthielt einen Aufsatz über Englands Seemacht, in dem zum Schlage gegen Walfour und die Admiralität, die schlappste Admiralität, die seit langem in England gefunden ist, ausgehört wird. Die Seemacht, sagt das Blatt, sei das Fundament des Viererbundes in diesem Kriege. Ohne die kräftigste Anwendung der Seemacht sei Englands Hoffnung auf den Sieg gleich Null und die Mittelmächte seien unbesieglich.

In der großen Walachei siegreicher Fortschritt.

Urziceni und Mizil östlich Bukarest-Ploesti besetzt. — Russenangriffe in den Waldkarpathen und beiderseits des Trotinul-Tales. — Feuersteigerung an der Somme.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 12. Dezember 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht
Auf dem Schlachtfeld der Somme erfährt die seit Ende November erheblich geringere Kampftätigkeit der Artillerie nachmittags wieder eine vorübergehende Steigerung.

Heeresgruppe Kronprinz.

Auf dem Ostufer der Maas und nahe der Mosel starkes Geschütz- und Minenwerferfeuer ohne Infanterietätigkeit.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Gelückte Patronen-Unternehmungen am Stochob brachten durch Einbringen von Gefangenen wertvollen Aufschluß über die russische Kräfteverteilung.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

In den Waldkarpathen am Smotrec und an der Baba Ludowa sowie auch bei Nacht wiederholte starke Angriffe im Westecanesci-Abschnitt sind von deutschen und österreich-ungarischen Truppen vollständig abgewiesen worden.

Auch beiderseits des Trotinul-Tales setzte der Russe zu vergeblichem Ansturm gegen einige Höhenstellungen erneut Menschen und Munition ein.

Deutsche Jäger brachten von einer Streife nördlich der Ludowa zehn Gefangene und drei Maschinengewehre zurück. Nördlich von Salsa wurden die Russen von einer ihnen kürzlich verbliebenen Höhe wieder vertrieben.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Kampf-Fortschritte auf der ganzen Front. Urziceni und Mizil sind in unserem Besitz.

Die Heeresgruppe, im besonderen die neunte Armee, hat in den letzten drei Tagen dem Rumänen über 10 000 Gefangene, mehrere Geschütze und viel Feldgerät abgenommen.

Eine neue amerikanische Freigeleit-Note.

Washington, 12. Dezember. Neutermeldung. Das Staatsdepartement hat wegen der Verweigerung des freien Geleits für den österreichisch-ungarischen Botschafter eine zweite Note an Großbritannien und Frankreich gerichtet, daß Amerika die ungehinderte Ueberfahrt für ein anerkanntes Recht des diplomatischen Verkehrs halte.

Die Vereinigten Staaten und der Friede.

Am Vorabend des deutschen Friedensangebots wird der „Frankf. Zeitung“ aus New York gemeldet, eine halbamtliche Mitteilung stelle in Abrede, daß die Vereinigten Staaten zum Zwecke der Vermittlung zwischen den Kriegführenden Unterhandlungen eingeleitet haben. Gerard habe keine Vorlage mitgebracht. Wilson werde nicht handeln, solange noch eine der Kriegführenden Parteien sich einem Friedensschluß heftig widersetzt. Ferner meldet Neuter aus Washington: Ein hochgestellter Beamter teilt mit, daß die Vereinigten Staaten kein Anerbieten für Friedensverhandlungen gemacht hätten und ein derartiger Schritt auch in der nächsten Zukunft nicht zu erwarten sei, wenn nicht eine ganz unerwartete Wendung der Ereignisse eintreffe.

Ein wesentlicher Teil der großen Bedeutung des nunmehr ergangenen deutschen Friedensangebots wird die Frage sein, ob Präsident Wilson dieses Dokument als eine solche „ganz unerwartete Wendung der Ereignisse“ gelten läßt. Denn das würde zum Aufgeben des Standpunktes zwingen, ein Handeln für den Weltfrieden sei ausgeschlossen, solange noch eine der Mächte weiterhin die Verwüstung und Entvölkerung Europas durchaus fortsetzen will.

Trevelhans Friedensbrief an Wilson.

London, 7. Dezember. (W. Z. B.) Nach einer Depesche der Exchange Telegram Company aus New York vom 6. sagt der pazifistische englische Abgeordnete Trevelhans in einem offenen Briefe an den Präsidenten Wilson, worin er diesen auffordert, sich um einen baldigen Frieden zu bemühen; erleiht ist das britische Volk am wenigsten kriegsmüde. Es begann den Krieg als das reichste Volk, und wird vermutlich auch das reichste Volk bleiben, da der große Kredit, der durch hohe Löhne einen aktiven Wohlstand schafft, eine tatsächliche Not, wie sie in Deutschland und Oesterreich herrscht, verhindert. Bis zur Offensive an der Somme war das gewaltige Menschenopfer der britischen Jugend den Durchschnittsengländern nicht zum Bewußtsein gekommen, aber trotzdem wird die Kriegsmüdigkeit in England allgemein.

Das Flottenprogramm der Vereinigten Staaten.

Der Pariser „New York Herald“ meldet aus Washington, daß dem Kongress vorgelegte Vauprogramm des Marinestaatssekretärs sich bis 1920 den Bau von 160 Kriegsschiffen vor. Noch dieses Jahr werden vier Panzerkreuzer mit je 35 000 Tonnen Inhalt und 65 Kilometer Stundengeschwindigkeit auf das Dock gelegt werden.

Die Kämpfe in Rumänien und Mazedonien.

Die Richtung auf den unteren Sereth.

Die in Rumänien vordringenden Armeen haben über Bukarest hinaus bereits die Jalomita überschritten. Das heute als besetzt genannte Urziceni liegt an diesem Flusse, der unterhalb Cernavoda in die Donau mündet und an dessen Lauf sich die über Ploesti kommende Bahnlinie anschließt. Der untere Sereth gibt die

Mazedonische Front.

Mit Erbitterung rennen alltäglich die Entente-Truppen, vornehmlich die Serben, gegen die deutsch-bulgarischen Stellungen auf beiden Cerna-Üfern an. Auch gestern erlitten sie dort wieder eine schwere blutige Schlappe.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 12. Dezember, abends.

Im Westen und Osten nichts Wesentliches. In der großen Walachei siegreicher Fortschritt gegen Rumänen und Russen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 12. Dezember 1916. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der Walachei sind die verbündeten Streitkräfte bis in die Linie Urziceni-Mizil vorgeedrungen. Es werden täglich mehrere Tausende von Gefangenen eingebracht.

Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Die russische Angriffstätigkeit im Grenzraum westlich und nordwestlich von Dena ließ auch gestern nicht nach. Der Feind wurde überall abgewiesen, ein von ihm vorgestern errungener örtlicher Erfolg durch Gegenstoß weitgemacht. — Auf der Sattelhöhe von Saleputna und nordwestlich davon griff der Gegner in den Morgenstunden außerordentlich heftig an. Dem um ein Uhr früh ohne jede Artillerievorbereitung eingesetzten Massenstoß folgten um drei und vier Uhr weitere durch starkes Geschützfeuer eingeleitete Stürme. Die russischen Kolonnen brachen dann der Wachsamkeit unserer Infanterie und der vorzüglichen Wirkung der Artillerie durchweg vor unseren Hindernissen zusammen und stürzten in ihre Ausgangsstellungen zurück. — Auch im Ludowa-Gebiet und auf dem Smotrec blieben mehrere starke Angriffe erfolglos.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei den I. u. I. Streitkräften ist nichts von Bedeutung geschehen.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts zu berichten.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Doerfer, Feldmarschallleutnant.

Richtung der Heeresbewegung an. General der Infanterie v. Blume schrieb am Tage nach der Einnahme von Bukarest: „Die in Unordnung geratenen feindlichen Heerhaufen vor sich her treibend, ihnen die schwersten Verluste an Menschen und Kriegsmaterial zufügend, die zweifellos großen Schwierigkeiten der Nachführung ihres eigenen Kriegsbedarfes ohne erkennbare Weisungen überwindend, haben die beiden Armeen der Verbündeten gestern die Linie Bukarest-Ploesti-Campina-Sinoia erreicht, von der sie dem heutigen Heeresbericht zufolge den Vormarsch fortsetzen. Sie haben die Richtung auf den unteren Lauf des Sereth, dem ohne Zweifel auch die geschlagenen feindlichen Heerhaufen zufließen. Die wichtige Frage, auf die die Ereignisse der nächsten Tage Antwort geben werden, ist die, welche von beiden Parteien das Ziel zuerst erreicht. Man darf dabei nicht aus dem Auge verlieren, daß unsere Truppen fast übermenschliche Anstrengungen hinter sich haben. So beträgt die Entfernung von Craiova bis Ploesti in der Luftlinie 400 Kilometer, der Weg in Wirklichkeit wohl nahe an 500 Kilometer. Sollten die in Craiova am 21. November eingetroffenen Truppen ihn bereits zurückgelegt haben, so müßten sie 15 Tage lang unter häufigen Gefechten im Durchschnitt täglich 33 Kilometer marschiert sein, was eine kaum je zuvor erreichte Leistung wäre. Russische Hilfstruppen mögen am unteren Sereth noch eintreffen. Dieser aber sind die den Rumänen zu Hilfe gelangten sowohl in der Dobrudscha, als auch bei Bukarest zu spät gekommen und zu schwach gewesen, um das Schicksal zu wenden.“

Die Lage des rumänischen Heeres bedrückt die Entente begreiflicherweise schwer. Im „Corriere della Sera“ liest man: „Indem es den Deutschen gelungen ist, nordöstlich von Bukarest und Ploesti längs der Ausgängen der Bergtäler vorzustoßen und so nicht nur die rumänischen Kolonnen im Gebirge abzuschneiden, sondern auch den Rückzug der rumänischen Hauptmacht nach Norden zu verhindern, wo sie sich mit den Russen hätte vereinigen und eine gute Verteidigungsstellung hinter dem Buzze einnehmen können, um sich später auf den Sereth zurückzuziehen, statt dessen ist sie jetzt gezwungen, direkt östlich in der Richtung Bukarest-Cernavoda zu marschieren, wo es wenige Straßen gibt, wo sie Gefahr läuft, nicht nur gänzlich abgeschnitten, sondern seitlich längs der Donau von den Bulgaren bedrängt zu werden. Der einzige Ausweg für sie scheint der Uebergang in die Dobrudscha zu sein, aber diese bietet die schwere Gefahr des fast unmöglichen Rückzugs über das Donaubetta. Man erwartet die Nachrichten der nächsten Tage mit schweren Sorgen.“

Die Griechen-Note der Entente.

London, 11. Dezember. Neuter erfährt, daß an der Note der Alliierten an Griechenland einige kleine Änderungen vorgenommen wurden. Sie wird wahrscheinlich heute oder morgen überreicht und ihr vielleicht eine zweite Note mit genauerer Angabe der Forderungen folgen. Die Alliierten werden wahrscheinlich die vollständige Abrüstung und die Wiederherstellung der Kontrolle über Post, Telegraphen und Eisenbahnen, ebenso die Freilassung der Benizelisten verlangen. In amtlichen Kreisen liegt keine Bestätigung der angeblichen Drohungen des Königs Konstantin vor.

Griechische Rüstungen.

London, 11. Dezember. „Daily Telegraph“ meldet aus Rom, daß nach privaten Berichten aus Athen in ganz Griechenland ausgedehnte militärische Vorbereitungen getroffen und Pferde und Wagen requiriert werden. Ueber Athen ist der Kriegszustand verhängt. Es werden keine Benizelisten mehr gesehen. Die Gefängnisse sind voll.

„Times“ meldet aus Syra vom 8. d. Mts.: Nach Berichten aus Athen ist die Stadt ruhig. Die militärischen Vorbereitungen dauern fort. Es heißt, daß 20 000 Mann in Athen und Umgebung zu-

sammengezogen sind. Die Gesandten der Alliierten ersuchten wegen dieser Truppenkonzentration um Aufklärung, worauf Lambrinos antwortete, daß sie vorgenommen werde, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Kriegskredite und Friedensrufe.

Tumult in der französischen Kammer.

Paris, 11. Dezember. In der heutigen Kammer Sitzung erhob, wie Habas meldet, bei Besprechung der Vorlage über die vorläufigen Kredite Abg. Brizon heftig Einspruch gegen die Verlängerung des bössigen Krieges, dessen einziges Ergebnis sei, Millionen von Toten- und Hunderte von Milliarden in den Abgrund zu schleudern. (Lärm.) Ein Abgeordneter ruft Brizon zu: Sie wissen genau, daß Frankreich besetzt ist und daß unsere Soldaten ihr Blut vergießen, um sein Gebiet zu befreien. (Lebhafter Beifall.) Abgeordneter Brizon bleibt bei seiner Ansicht und schreit: Wieder mit dem Krieg, der noch 20 oder 30 Jahre dauern kann. (Erneuter Lärm, Rufe: Sie entehren das Parlament.) Der Präsident ruft den Abgeordneten Brizon zur Ordnung. Brizon will trotz des Widerstandes der ganzen Kammer und trotz des verdoppelten Lärmes fortfahren. Ein Abgeordneter ruft Brizon eine Verleumdung zu, worauf ihm dieser sein Wasserglas an den Kopf wirft. Nach unbeschreiblichem Tumult unterbricht der Präsident die Sitzung auf 15 Minuten.

Bei der Wiederaufnahme der Sitzung befragt der Präsident die Kammer über den zeitweiligen Ausschluß Brizons, der, nach seiner Ansicht, sich Ausschreitungen gegen die Kammer habe zuschulden kommen lassen. Der Abgeordnete Brizon bittet um das Wort, wozu ihm die Geschäftsordnung ein Recht gibt und erklärt: „Ich habe keine Ausschreitungen gegen die Versammlung begangen, aber jemand hat mir die schlimmste Verleumdung zugesagt, die einem Franzosen zugesagt werden kann. Während ich vollständig meine Gedanken auseinandersetze, hat man mich gestraft, wieviel ich dafür bezahlt bekomme. Ich habe mein Glas dem Verleumder ins Gesicht geschleudert, und ich gestehe, wenn ich einen Revolver in der Tasche gehabt hätte...“ Der Tumult macht es Brizon unmöglich weiter zu sprechen. Die Kammer beschließt die zeitweilige Ausschließung Brizons. Die Sitzung wird von neuem auf 20 Minuten unterbrochen. Bei Wiederbeginn hat Brizon den Saal verlassen. Die Kammer nimmt die Beratung der vorläufigen Kredite wieder auf.

Das neue Ministerium in Frankreich.

Paris, 12. Dezember. (W. Z. B.) Die Agence Havas meldet: Man kann das neue Ministerium als endgültig gebildet ansehen. Seine Zusammensetzung wird morgen vormittag amtlich bekanntgegeben werden. Es ist wahrscheinlich, daß die Regierung sich am Nachmittag des gleichen Tages dem Parlament vorstellen wird. Briand hat heute vormittag mit seinen künftigen Mitarbeitern beraten.

Letzte Nachrichten.

Das deutsche Friedensangebot.

Die erste Auslandsstimme.

Amsterdam, 12. Dezember. (W. Z. B.) „Nieuws van den Dag“ schreibt: Unsere hochgespannten Erwartungen sind teils übertroffen, teils enttäuscht worden. Wohl hatten schon früher verschiedene führende Politiker, vor allem im Lager der Zentralmächte, wiederholt ihre Friedensliebe zu erkennen gegeben, aber es ist jetzt das erste Mal, daß offiziell und offen ein Angebot zu Verhandlungen gemacht wird. So betrachtet, kann man diese Erklärung der Regierung von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei als den Beginn des Endes des Krieges betrachten, die Freude darüber wird durch den Umstand, daß noch keine Andeutung über die Art der Friedensvorschläge gemacht wurde, etwas gedämpft. Solange man diese nicht kennt, kann auch niemand beurteilen, ob die Vorschläge annehmbar sind. Sollte dies aber der Fall sein, dann glauben wir, daß auch die Anhänger eines Krieges bis zum Neujahr in Paris, London und Petersburg es sich zweimal überlegen werden, ehe sie sie rundweg ablehnen. Die Zentralmächte haben natürlich ihren guten Grund, die Bedingungen vorläufig nicht bekannt zu machen. Die Frage ist im Augenblick nur die: wir sind bereit, zu verhandeln, — wollt ihr durchkämpfen?

Armeebefehl Kaiser Karls.

Wien, 12. Dezember. (W. Z. B.) Der Kaiser hat nachstehenden Armee- und Flottenbefehl erlassen:

„An meine Soldaten der Armee und Flotte. Gottes gnädige Gütigkeit und unserer treuen Verbündeten Tapferkeit und Ausdauer haben eine Lage geschaffen, die unseren endgültigen Sieg nicht mehr zweifelhaft erscheinen läßt. In dem Bestreben, den in schwerer Zeit mannhaft ausharrenden Völkern die Segnungen des Friedens wiederzugeben, haben ich und meine erlauchtesten Bundesgenossen einen Versuch zur Verbeisführung eines ehrenvollen Friedens unternommen. Ich bete zum Allmächtigen, er möge diesen Schritt mit seinem Segen begleiten. Ich bin aber auch sicher, Ihr werdet mit dem gleichen Edelmut weiterkämpfen, bis der Friede geschlossen ist oder bis Ihr den Feind entscheidend geschlagen habt.“

Ein Wiener Kommentar.

Eine Wiener „amtliche Verlautbarung“ rühmt die von Oesterreich im Jahre 1914 bewiesene „Langmut“ und die Laster der I. u. I. Armee, spricht von „tückischen Anschlägen feindseliger Nachbarn“, wünscht „Gewinnung realer Bürgschaften gegen die Wiederholung solcher Bedrohungen“, teilt die schon bekannten Tatsachen mit und schließt: „Oesterreich-Ungarn und seine Verbündeten haben mit diesem Schritte einen neuerlichen entscheidenden Beweis ihrer Friedensliebe erbracht. An den Gegnern ist es jetzt, vor der ganzen Welt ein Zeugnis ihrer Bestimmungen abzulegen. Den Vierbund wird aber, was auch immer das Ergebnis seines Vorschlages sein mag, für die ihm etwa aufgenötigte Fortsetzung des Krieges auch vor dem Richterstuhl seiner eigenen Völker keine Verantwortung treffen können.“

Neues enthält die Verlautbarung nicht. Sie ist auch nicht von entscheidender Bedeutung.

Kriegserwartungen der Neutralen.

Stockholm, 12. Dezember. (W. Z. B.) Eine Verschärfung des englischen Vorgehens gegen die Neutralen wird in der schwedischen Presse im Zusammenhang mit der Zusammensetzung des neuen englischen Ministeriums ziemlich allgemein erwartet. So gar die ententefreundlichen „Dagens Nyheter“ erklären in einem Leitartikel: Es ist überaus wahrscheinlich, daß die skandinavischen Länder samt und sonderb erfahren werden, was es heißt, daß jetzt Edward Carson Marineminister ist. In seinem Amt wird ein guter Teil ihrer Geschicke entschieden werden, und die Neutralen wissen ungefähr, was es für sie bedeutet, wenn eine verschärfte Kriegsführung angeordnet wird.

Castelnau Nachfolger Joffres? Demission Sarraills?

Lugano, 12. Dezember. (Z. U.) Nach einer Meldung der „Idea Nazionale“ soll General Castelnau zum Nachfolger Joffres aus-ersehen sein. Das Blatt meldet weiterhin, daß General Sarraill seine Demission eingereicht habe.

Gewerkschaftliches.

Erwerbslosenunterstützung im Berliner Schneidergewerbe?

Schon seit einigen Wochen herrscht noch in weiten Kreisen Unklarheit darüber. Es ist daher angebracht, erneut die Tragweite dieses Beschlusses sowie deren Ausführung darzulegen.

Wer hat Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung?

§ 3 des Beschlusses sagt darüber folgendes:

Als Erwerbslosigkeit gilt der Mangel an Arbeit und Verdienst in den Betrieben der Bekleidungsindustrie, der auf die behördlichen, mit dem Krieg zusammenhängenden Maßnahmen ursächlich zurückzuführen ist.

Durch Arbeitsunfähigkeit, freiwillige Aufgabe der Beschäftigung oder eigenes Verschulden veranlasste Erwerbslosigkeit wird von dieser Fürsorge nicht berücksichtigt.

Hiernach haben alle diejenigen Anspruch auf Unterstützung, die infolge der Stoffbeschlagnahme, der Bezugscheinpflicht oder der verkürzten Arbeitszeit ganz oder teilweise erwerbslos geworden sind oder werden. Ganz Erwerbslose haben ohne weiteres Anspruch auf Unterstützung, sofern nicht Krankheit, freiwillige Aufgabe der Beschäftigung oder durch eigenes Verschulden veranlasste Erwerbslosigkeit vorliegt.

Teilweise Erwerbslose haben Anspruch auf Unterstützung für den Teil ihres Einkommens, den ihr jeweiliger Wochenverdienst niedriger ist als der für die Berechnung der Unterstützung maßgebliche Durchschnittsverdienst.

Ueber die Höhe der Unterstützung bestimmt der § 6 folgendes: Für die Bemessung der Unterstützung wird der durchschnittliche Wochenverdienst zugrunde gelegt, den der zu Unterstützende in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis 1. Juli 1914 gehabt hat.

Hierzu werden drei Viertel bis zum Höchstbetrage von 18 M. wöchentlich als Unterstützung gezahlt. Arbeitnehmern, welche noch in der Bekleidungsindustrie in Arbeit stehen, wird drei Viertel des Betrags gezahlt, um den ihr derzeitiger Lohn geringer ist als der nach Satz 1 berechnete Durchschnittsverdienst. Ausfälle an Verdienst von weniger als 1 M. bleiben unberücksichtigt.

Bei Personen, die in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis 1. Juli 1914 in der Bekleidungsindustrie noch nicht oder nicht voll beschäftigt waren, werden nach Wahl des Arbeitnehmers sechs aufeinanderfolgende Monate der Zeit vom 1. Juli 1913 bis 1. April 1916 zugrunde gelegt. Absatz 2 findet auch hier Anwendung.

Personen, die weniger als 6 M. wöchentlich verdient haben, werden bei der vorliegenden Sonderunterstützung nicht berücksichtigt.

Sofern der Verdienst nach obigen Grundätzen nicht zu ermitteln ist, wird der von der Krankenkasse gemeldete Verdienst als Grundlage angenommen.

In Fällen besonderer Nothlage (z. B. Kinderreichtum, Krankheit) kann eine Zulage zur Unterstützung gewährt werden. Jedoch darf die Gesamtentschädigung den Betrag von 27 M. nicht übersteigen.

Zur Hälfte angerechnet werden die Beiträge der Unterstützung auf Grund der Gesetze vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914 und der Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften und der dazu ergangenen Gemeindebeschlüsse. Dagegen bleiben Unterstützungen aus privaten Mitteln unberücksichtigt.

Ist jemand ganz erwerbslos, und hat in der für die Berechnung des Durchschnittsverdienstes maßgeblichen Zeit wenigstens 24 M. durchschnittlich pro Woche verdient, so erhält er 18 M. Unterstützung. Ueber diesen Satz hinaus wird auch bei einem höheren Durchschnittsverdienst nur dann und auf besonderen Antrag bis höchstens 27 M. Unterstützung gewährt, wenn Krankheit in der Familie oder Kinderreichtum vorliegt.

Hat jemand in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis 1. Juli 1914 durchschnittlich 40 M. pro Woche verdient und erreicht gegenwärtig, wenn auch nur vorübergehend, pro Woche einen Lohn von 30 M., so erhält er hierzu 750 M. Erwerbslosenunterstützung. Im Falle der Durchschnittsverdienst 40 M. und der zurzeit erzielte Lohn 10 M. beträgt, so wird eine Unterstützung im Betrage von 18 M. gewährt.

Voraussetzung für die Gewährung der Unterstützung ist:

- dah das Beschäftigungsverhältnis der zu Unterstützenden in der Bekleidungsindustrie am 1. Januar 1916 mindestens drei Monate bestanden hat,
- dah die Erwerbslosigkeit auf die behördlichen Maßnahmen und die Beschlagnahme vom 1. Februar 1916 zurückzuführen und
- dah die Beschäftigung gegenwärtig nicht durch ein anderes festes Arbeitsverhältnis in einem anderen Gewerbebezweige ersetzt ist.

Die Unterstützung wird rückwirkend vom 1. Oktober 1916 gewährt.

Wo wird die Unterstützung ausgezahlt?

§ 9. Berechnungs- und Zahlstellen für die Unterstützung sind, soweit nicht Ausnahmen zugelassen werden,

- die Betriebe der Bekleidungsindustrie für die noch bei ihnen beschäftigten und diejenigen Werkstattarbeiter, welche nach dem 1. Oktober 1916 erwerbslos wurden,
 - die städtischen Geschäfts- und Zahlstellen für sämtliche Heimarbeiter, selbständige Arbeitgeber und Zwischenmeister, sowie für solche Werkstattarbeiter, die vor dem 1. Oktober 1916 völlig erwerbslos wurden und gegenwärtig kein bestimmtes Beschäftigungsverhältnis zu einem bestimmten Arbeitgeber haben.
- Mitglieder der Gewerkschaften, die vor dem 1. Oktober 1916 bereits arbeitslos waren, erhalten ihre Unterstützung im Bureau des Verbandes ausgezahlt. Dagegen müssen die Heimarbeiter und -arbeiterinnen sowie selbständige Gewerbetreibende die Unterstützung in den Zahlstellen der Stadt Berlin abheben. Die Werkstattarbeiter werden bei den Unternehmern als sogenannte Listenarbeiter weitergeführt und erhalten die Unterstützung vom Unternehmer ausgezahlt.

Den Unternehmern und Gewerkschaften wird die verauslagte Unterstützung von der Stadt zurückgezahlt.

Eine Entlassung wegen Mangels an Beschäftigung soll nicht erfolgen; vielmehr sollen die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Listen des Arbeitgebers weitergeführt werden.

Der Arbeiter ist verpflichtet, sich im Falle der Arbeitslosigkeit um andere Beschäftigung zu bemühen. Sofern er andere Beschäftigung findet, hat er seinem bisherigen Unternehmer sogleich hiervon Mitteilung zu machen.

Die Rechte der Versicherten an die Kranken-, Alters-, Invaliden-, Angefallenen- und Unfallversicherung bleiben gewahrt.

Die Beiträge zu den Versicherungen werden von den Arbeitgebern für die in ihren Listen geführten Arbeitnehmer geleistet; der Anteil der Versicherten wird bei Auszahlung der Fürsorgeunterstützung in Abzug gebracht.

Für Arbeitnehmer, die bei Inkrafttreten des Gemeindebeschlusses keine Arbeitgeber haben, wird der Lohn auf den Arbeitgeber entfallende Beitragsanteil von der Stadtgemeinde als Teil der zu leistenden Unterstützung mit übernommen, wird aber nicht wie der auf den Arbeitnehmer entfallende Beitragsanteil bei der Unterstützung in Abzug gebracht.

Ueber Annahme und Verweigerung anderer Arbeit bestimmt § 4 folgendes:

Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, jede Arbeit, die ihnen angeboten wird, auch außerhalb ihres Berufes und Wohnortes sowie zu gekürzter Arbeitszeit anzunehmen, sofern ein angemessener Lohn dafür geboten wird und kein triftiger Grund für die Ablehnung geltend gemacht werden kann.

Ueber Zulässigkeit etwaiger Ablehnungsgründe entscheidet der Magistratskommissar unter Mitwirkung des Ausschusses endgültig. Arbeitnehmer, die sich dieser Entscheidung nicht unterwerfen, werden von dieser Sonderfürsorge ausgeschlossen und der allgemeinen Arbeitslosenfürsorge übergeben.

Der hier erwähnte Ausschuss soll neben den im § 4 erwähnten Fragen auch bei Streitigkeiten über die Höhe der Unterstützung sowie über die Fortzahlung derselben mit entscheiden. Glaubt jemand, daß er irgendwie benachteiligt oder ungerecht behandelt wird, so steht ihm das Recht der Beschwerde an den Magistratskommissar der Kriegsursorge für die Angehörigen der Groß-Berliner Bekleidungsindustrie, Stralauer Straße 3/6, zu.

In Kaufplan ist die Erwerbslosenunterstützung für die Bekleidungsindustrie in gleicher Weise wie in Berlin eingeführt. Die übrigen Groß-Berliner Gemeinden beschließen die gleiche Einrichtung. Jede Gemeinde zahlt nur an die in ihrem Ort wohnenden Arbeiter und Arbeiterinnen Unterstützung.

Vielfach macht sich unangenehm bemerkbar, daß die Unternehmer sich weigern, die Auszahlung der Unterstützung vorzunehmen. Andererseits versuchen wieder einige den Anschein zu erwecken, als zahlten sie die Unterstützung aus ihren eigenen Mitteln. Bei einem großen Teil der Unternehmer besteht auch die wirtschaftliche Unmöglichkeit, die Unterstützungsbeträge zu verauslagern. Es ist daher sehr erwünscht, daß in dieser Hinsicht eine Besserung eintritt.

Besonders sei noch darauf hingewiesen, daß keine unwahren Angaben zur Erlangung der Unterstützung gemacht werden dürfen, da neben der Entziehung der weiteren Unterstützung gegen die Betreffenden strafrechtlich vorgegangen wird.

Nachstehend geben wir noch die städtischen Berechnungs- und Zahlstellen an:

Geschäftsstelle	Umfang der Stadtbezirke	Dienststelle Straße Nr.
I	1-14, 143-144	Riederswallstraße 6/7
II	15-30	"
IX	202-217, 269-271	"
III	31-49	Pallasstraße 15
IVa	50-66	Bergmannstraße 60/65
IVb	67-78	"
Va	79-97, 137-142	Annenstraße 1b
Vb	98-113	"
	114-136	"
VIIa	145-165	Blumenstraße 77
VIIb	166-177	Petersburger Straße 4
VIIc	178-181	"
VIIIa	182-188, 189A, 189D, 189E, 194-201	Christburger Straße 14
	189B, 189C, 189E	"
VIIIb	190-193	"
Xb	242-248	"
Xa	218-241	Schönhauser Allee 168a
Xc	249-254	"
XIIa	279-283, 297-304	Wickestraße 53/54
XIIb	284-290	"
XIIc	291-296, 309	"
XI	255-268, 272-278	Rabenstraße 12
XIIIa	305-308, 310-314	"
XIIIb	315-326	"

Erhöhte Kriegsteuerungszulage in der Lederausrüstungsindustrie.

Den Arbeitern der Lederausrüstungsindustrie war es kraft ihrer guten gewerkschaftlichen Organisation und der günstigen Geschaftslage möglich, schon in den ersten Kriegstagen einen vorteilhaften Kriegszuschlag von den Unternehmern zu erwirken. Mit der Schaffung des Reichstarifs für die Lederausrüstungsindustrie erfuhren auch die Lohnsätze eine wesentliche Erhöhung und, was die Hauptfrage ist, die im Reichstarif festgesetzten Löhne wurden durch eine kriegsministerielle Verordnung öffentliches Recht, sie konnten von niemand, auch nicht durch die Gewerbegerichte, für verbindlich erklärt werden. Demzufolge konnten für viele Arbeiter und Arbeiterinnen Lohnforderungen, die in Einzelfällen bis über 16 000 M. gingen, eingeklagt werden. Waren die tariflichen Vereinbarungen eine geraume Zeit für die Arbeiter zufriedenstellend, so nicht mehr von dem Zeitpunkt ab, von dem an die Kosten für die Lebenshaltung ins Ungeheure stiegen. Die Leitung des Sattlerverbandes unterbreitete dem Vorstand des Verbandes Deutscher Sattlerfabrikanten einen Vorschlag, wonach den Arbeitern, abgestuft nach ihrem Lohne, ein Zuschlag gewährt werden sollte. Die Unternehmer verhielten sich ablehnend, weil sie darin eine Mittelung an den Grundätzen des Reichstarifs erblickten. Jedoch faßten sie in einer Versammlung den Beschluß, ihren Mitgliedern zu empfehlen, eine Minderzulage zu gewähren, die bis zu 2 Kindern 3 M. für jedes weitere Kind 1,50 M. die Woche betragen soll. Die Arbeiter waren, weil ihnen diese bedingte Zulage so gut wie gar nichts nützt, damit nicht einverstanden. Die Verbandleitung sah sich daher genötigt, der Fabrikantenvereinigung erneut Vorschläge zu machen und das Kriegsministerium zu ersuchen, Verhandlungen anzubahnen bezw. eine Einigung zu

ermöglichen. Unterstützt durch den Beschluß einer Sitzung des Vorstandes, des Ausschusses, der Gauleiter und der Vertreter größerer Verwaltungsjuristen, wurde zur Regelung der Steuerungsulage den Unternehmern vorgeschlagen: Haushaltungsvorständen soll ein Zuschlag von 15 Pf. die Stunde, ledigen Arbeitern über 20 Jahre ein Zuschlag von 12 Pf., ledigen Arbeitern unter 20 Jahren und allen Arbeiterinnen soll ein Zuschlag von 8 Pf. die Stunde gewährt werden. Auf Heimarbeit sollte ein Zuschlag von 10 Proz. kommen. Diese Zuschläge kommen zu den bereits tariflich festgesetzten Löhnen. In einer gemeinschaftlichen Konferenz der Unternehmer- und Arbeitervertreter am 8. Dezember unter Leitung des Handelskammerpräsidenten Dr. Otto Meyer und unter Beteiligung eines Vertreters der Feldzeugmeisterei erklärte der Sprecher für die Unternehmer, daß der Vorschlag an sich wohl berechtigt, aber wegen der Schwierigkeit der Durchführung nicht annehmbar sei. Er machte den Vorschlag einer 10prozentigen Steuerungsulage. In besonderen Beratungen nahm jede Partei Stellung zu dem Vorschlag. Nach Wiederholung der gemeinsamen Verhandlung kam folgender Beschluß einstimmig zustande: Vom 4. Dezember 1916 ab ist jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin eine Steuerungsulage zu gewähren. Sie beträgt: für Ledige 10 Proz., für Haushaltungsvorstände 12½ Proz., für Haushaltungsvorstände mit mehr als 2 Kindern unter 15 Jahren 15 Proz., für Heimarbeit, ohne Unterschied des Personenstandes 10 Proz. des tariflich gezahlten Lohnes einschließlich Kriegszuschläge. Die nachträgliche Zahlung von Steuerungsulagen für die Woche vom 4. bis 10. Dezember findet nur an solche Arbeiter statt, die sich noch im Arbeitsverhältnis des gleichen Betriebes befinden. Die Zentraltarifkommission entscheidet, wann die Kriegsteuerungsulagen außer Kraft treten.

Durch Beschluß des Zentraltarifamts, das unmittelbar hierauf zusammentrat, wurde die Steuerungsulage als tarif- und rechtsverbindlich erklärt. Die Konferenz beauftragte des ferneren die beiderseitigen Organisationsleitungen, das Kriegsamt zu ersuchen, für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis die tariflichen Schlichtungsinstanzen als Einigungsämter im Sinne des Zivildienstgesetzes anzusehen und die Erledigung der Abrechnungen den örtlichen Schlichtungskommissionen zu übertragen.

Der Erfolg dieser Steuerungsulage wird hoffentlich sein, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen treu zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation halten und bestrebt sind, ihr ständig neue Mitglieder zuzuführen.

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Mannesmann-Röhren-Werke haben mit zwei Privatbanken A. Falkenburger in Berlin und Simons in Düsseldorf die Elektrizitätswerke A.-G. gegründet, die eine in Tempelhof bestehende Spezial-Ziegelstahlgießerei G. m. b. H. übernehmen und einen besonders schmelzbaren Ziegelstahl für Rotorenfabriken und Schiffswerften herstellen soll. Die Gesellschaft, deren Kapital 1¼ Millionen Mark beträgt, hat die Vereinigten Kammerischen Werke in Berlin-Wittenau mit Vorkaufrecht auf 10 Jahre, zum Teil ab 1. April 1917, zum Teil ab 1. Januar 1918 gepachtet. Die gutbeschäftigten Vereinigten Kammerisch- und Velter u. Schneebogelschen Werke A.-G. übersiedeln nach Brackweide bei Bielefeld, wo die neue Fabrik der Vollendung entgegengeht.

Soziales.

Wohlfahrtschule für Fürsorgerinnen.

Wir brachten gestern einen Hinweis auf einen Aufsatz des Professor Schmittmann über Sozialbeamtinnen. Heute können wir melden, daß die Schmittmannsche Idee der Verwirklichung entgegengeht. In Charlottenburg soll, nach einem Beschluß des Magistrats, am 1. April nächsten Jahres eine Wohlfahrtschule für Fürsorgerinnen errichtet werden. Aus der Vorlage, die den Stadtverordneten zugeht, geht hervor, daß es sich um ein lang erwoogenes Projekt handelt und daß weitere Kreise an der Ausarbeitung des Planes mitgewirkt haben. Charlottenburg ist als Sitz des Instituts für besonders geeignet gehalten worden, weil dort die Einrichtungen der modernen Gesundheitspflege gut ausgebaut sind und weil es in der Kaiserin-Auguste-Viktoria-Anstalt eine Einrichtung besitzt, in der für den Zweck, der zunächst als der für den Unterricht wichtige angesehen wird, der der Schulungs- und Kleinkinderfürsorge, alle Unterrichtsmittel in reichem Umfange vorhanden sind. Es besteht die Absicht, die Charlottenburger Wohlfahrtschule gemeinsam mit den Lehrkräften und Lehrmitteln dieses Hauses zu leiten. Daneben sollen zum praktischen Unterricht die offenen Säuglingsfürsorgestellen Charlottenburgs, die Einrichtungen der Schulgesundheitspflege, Tuberkulosefürsorge, Trinkerfürsorge und andere herangezogen werden. Die Wohlfahrtschule ist als unabhängige, gemeinnützige Einrichtung gedacht, ähnlich der staatlich anerkannten Krankenpflegehöfen, wobei angenommen wird, daß für eine etwaige staatlich anerkannte Prüfung die Staatsregierung sich die Aufstellung von Grundrissen für die Prüfung und die Entsendung eines Prüfungskommissars vorbehalten wird. Zugelassen sollen nicht lediglich Teilnehmerinnen aus Charlottenburg werden, obgleich in der Vorlage darauf hingewiesen wird, daß die Stadtverwaltung ein großes Interesse daran hat, der großen Zahl von Pflegeheimweibern, die sie auf dem Gebiete der Säuglings-, Tuberkulose-, Wohnungsfürsorge und der Schulgesundheitspflege braucht, eine entsprechende Vorbildung zu geben. Es werden auch Teilnehmerinnen aus anderen Orten aufgenommen. Sie haben ein Lehrgeld und, soweit sie etwa in einer Anstalt oder einem Internat untergebracht werden für Wohnung und Verpflegung eine entsprechende Entschädigung zu leisten.

Der Lehrplan befindet sich noch in der Vorbereitung. Die Dauer des Unterrichtskurses ist auf ein Jahr berechnet. Dabei sollen etwa 200 Vorlesungsstunden aus den einschlägigen Gebieten abgehalten werden, neben denen die praktische Tätigkeit in den verschiedenen Stellen der Gesundheitspflege einhergehen soll. Hoffentlich werden bei der Ausarbeitung des Lehrplanes die Schmittmannschen Gedanken berücksichtigt, damit nicht lediglich Pflegerinnen ausgebildet werden, sondern geschulte Kräfte auf dem ganzen Gebiete der Sozialpolitik.

Cigarren, Cigaretten, Rantabake
Engros
F. Ernst Borch, Eissackstr. 21.
Alkoholf. Getränke
Franz Abraham
Hank Meisinger u. Römerstr. 10.
C. 25. Berlinstr. 14. Fernsp. Kgl. 12708
Wade-Anstalten
Neukölln
Anzengrubenstr. 25.
Diana-Bad
Koppenstr. 53
sämtliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 9.
Passage-Bad, Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Bäcker- u. Konditoreien
Oskar Hanke's Brothack.
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neukölln u. Treptow
gegründet 1892.

Erscheint 2 mal wöchentlich.
F. Klessewetter, Schilddammstr. 14.
O. Meier, Grünerweg 27.
Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 16
Zachau, Gr.-Lichterf., Cassowstr. 14
Handgelenk, Gummiv.
R. Hauke, Stralauer Str. 54.
E. Kraus, Kottbuserstr. 34.
A. E. Lange, Brunnenstr. 166
Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.
Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43

Bezugsquellen-Verzeichnis.
August Holz 18 Detail-Geschäfte.
Uhly & Wolfram
Bierbrauerei, Bierbäckerei.
Brauerei Bötzw
empfehlen
Qualitätsbiere
ersten Ranges.
C. Habels Brauerei
hell - Habelbräu - dunkel.
Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg

Trinkl Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt,
Pallasstr. 97. Tel. Kgl. 2881, 2882
Drogen und Farben
Wieder-Druckerei, Britz, Kottbuserstr. 54
Eisigfabriken
Timmer-Essig
überall erhältlich!
Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh.: Herm. Gorbach
Charlottenburg, Berlinstr. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gorbach, Petersburgerstr. 21
Otto Gorbach, Alte Jacobstr. 24.
Kolonialwaren
Adam Schmitz, Schilddammstr. 11.

Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Röhmann, P. Müllerstr. 40b, E. Best
Herron-u. Knabengard
Bedstr. 24, Ecke
Prinzen-Allee.
J. Baer
Laska & Sipecki, Schick-Allee 7
Roenthalerstr. 1
Fablich & Co. Eckhaus Linienstr.
Hüte, Mützen, Polswaren
Vester, E. Kottbuser-Damm 14/19
Mehlhändlungen
Bethke, Georg, Malakoff-Str. 22, Kaiser-Friedr.-Str. 44, Wasserstr. 139, Friedländer-Str. 22, Treptow, Grätz-Str. 44.
Gaige, Otto Charlottenburg.
Winkelstr. 75
F. W. Sichter Erke Cuvrystr.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.
Karz, Weis, Wollw., Trikotag.
Hermann Meyer, Jahrbücherstr. 11.
Photogr. Apparate
M. Albrecht 30, Kottbuserstr. 1, auch Golegnischerstr. 7.
Nähmaschinen
Bellmann, E., Nähmaschinen
Singer Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.
Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl, Nikla, Bergstr. 148
Schreibwaren
O. Prochnow, Nikla, Hermannstr. 49

Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Kugo Boling
60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co., Act. Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Underberg
SEMPER IDEM
Uhren u. Goldwaren
Lohmann, Alb., Frankl, Allee 40
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-Sterbekassenversicherung - Straße 2.
Spandau
Schneiderstr. 11, Poststr. 1, Wriezenerstr. 11.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Donauer zwischen Tutrafan und Cernavoda besetzt. — Unaufhaltbares Vorrücken in der östlichen Walachei. — Dobromir und Makovo.

Sofia, 11. Dezember. Heeresbericht vom 11. Dezember. Rumänische Front: In der Dobrudja sehr geringes Geschäftefeuer. Unsere Truppen besetzten das gegenüberliegende rumänische Donauer zwischen Tutrafan und Cernavoda. In der östlichen Walachei rücken die Verbände unaufhaltbar vor.

Mazedonische Front: In der Gegend von Bitolia nichts von Bedeutung. Im Cerna-Vogen heftiges feindliches Artilleriefeuer gegen unsere Stellungen zwischen Dobromir und Makovo. Ein feindlicher Angriff auf eine Anhöhe östlich von Paralovo wurde durch das tapfere deutsche Regiment Nr. 45 teilweise im Handgranatenkampf blutig abge schlagen. In beiden Ufern des Wardar stellenweise schwaches und stellenweise heftiges feindliches Artilleriefeuer. Lebhaftige Tätigkeit der feindlichen Flieger über unseren Stellungen und über unseren rückwärtigen Verbindungen. Bei Udovo holte nach glücklichen Luftkampf Leutnant von Pinfel ein französisches Flugzeug herunter, dessen Führer, Unterleutnant Pierre Jilot, verwundet, während der Beobachter, Unterleutnant Sully, getötet wurde. An der Belasica-Front unwirksames feindliches Artilleriefeuer auf den Bahnhof 948. An der Struma schwache feindliche Beschießung auf der ganzen Linie.

Der französische Heeresbericht vom 11. Dezember meldet von der Orientarmee: Während des 10. Dezember wurden Angriffe der Truppen der Alliierten im Abschnitt nördlich von Monastir durch schlechtes Wetter behindert. Die Deutschen und Bulgaren leisteten erbitterten Widerstand. Der Kampf war besonders lebhaft nördlich der Höhe 1505 oder 1050, wo eine von den Russen angegriffene Höhe öfter den Besitz wechselte. In Richtung auf das Dorf Wallar gingen die Franzosen etwa 800 Meter vor, auf der übrigen Front machten Regen und Nebel Operationen unmöglich.

Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 11. Dezember. Amtlicher Heeresbericht: An der Tigrisfront haben unsere Flugzeuge erfolgreich Bomben auf feindliche Flugzeugschuppen und Flugzeuge abgeworfen und zwei Flugzeuge, die sich im gleichen Augenblicke zum Aufsteigen anschickten, zur Landung gezwungen. Auf den anderen Fronten kein wichtiges Ereignis.

Rückführung der deutschen Gefangenen aus den tropischen Lagern nach Frankreich.

Der deutschen Regierung war es im Sommer 1915 gelungen, bei der französischen Regierung die Rückführung der in Dahomey internierten Deutschen zunächst nach Nordafrika durchzusetzen. Im Herbst 1916 wurden bei der Räumung Nordafrikas von allen deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten auch die Dahomey-Deutschen nach dem europäischen Frankreich übergeführt. Nunmehr hat sich die französische Regierung endlich entschlossen, auch die übrigen, noch in außer-europäischen französischen Besitzungen zurückgehaltenen deutschen und österreich-ungarischen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten nach Frankreich zu bringen. Hiernach werden auch die bisher in Madagaskar, Indochina, Martinique usw. internierten Deutschen in nächster Zeit in Frankreich eintreffen. Im ganzen kommen 126 Personen in Frage.

Die feindlichen Heeresberichte.

Französischer Bericht vom 11. Dezember nachmittags. Geschäftefeuer mit Unterbrechungen südlich der Somme. Sonst überall ruhige Nacht. — Flugwesen. Im Verlaufe des 10. Dezember wurden an der Front von Verdun zwei deutsche Flugzeuge durch französische Flieger abgeschossen. Das eine stürzte bei Drabantur-Neuville brennend ab, das andere ging bei Permeville beim Aufschlagen auf den Boden in Trümmer. Am selben Tage lieferten die französischen Flieger in der Champagnefront mehrere Kämpfe, in deren Verlauf der Fliegergeant Saugave seinen siebenten Apparat abließ, der brennend südlich von Monthois niederfiel. Ein zweites feindliches Flugzeug wurde am Nordrande des Waldes von Aubry abgeschossen. In der Nacht vom 10. auf den 11. waren französische Bombardierungsflugzeuge zahlreiche Granaten auf die feindlichen Munitionsdepots in der Gegend nördlich von Verdun. Mehrere Brände und starke Explosionen wurden festgestellt. Die feindlichen Lager von Romagne-sous-les-Cotes wurden gleichfalls mit Bomben beworfen.

Vom 11. Dezember abends. Im Verlaufe des Tages heftige Artilleriekämpfe in der Gegend von Villedieu-les-Poissieux (nordwestlich von Reims) und im Abschnitt von Douaumont. Ein von uns ausgeführter Handstreich auf feindliche Gräben im Priesterwald (westlich von Pont-a-Mousson) hat gute Ergebnisse zeitigt. Von der übrigen Front nichts zu melden.

Belgischer Bericht: Nördlich von Dismuiden und in der Gegend von Steenstraete fanden gegenseitige Beschießungen statt. Nichts Besonderes an der belgischen Front.

Englischer Bericht vom 11. Dezember. Vergangene Nacht machten wir erfolgreiche Vorstöße östlich von Reuville St. Baast und südlich von Armentières. Wir zerstörten dabei Maschinengewehrstellungen und machten Gefangene. Ein vom Feinde verjagter Vorstoß östlich von La Bouillierie mißlang.

Italienischer Bericht vom 11. Dezember. An der Tiberfront behinderte auch gestern das andauernde schlechte Wetter die Artillerietätigkeit. Auf dem Karst griff in der Nacht zum 10. Dezember eine feindliche Abteilung überraschend eine unserer Verschanzungen im Abschnitt von Coscomano (Dubi Log) an, wurde aber schnell zurückgeschlagen. Gestern war die feindliche Artillerie tätiger gegen unsere Linien von Höhe 144 bis zum Meere. Bei Einbruch der Nacht griffen, während feindliche Abteilungen Abwehrkämpfe handlungen gegen die Höhen 208, 240 und gegen Höhe 144 unternahm andere Abteilungen unsere Verteidigungslinien im Abschnitt von Ardra an. Sie wurden mit empfindlichen Verlusten zurückgeschlagen und ließen einige Gefangene in unseren Händen.

Aus den Kämpfen in Deutsch-Ostafrika.

London, 11. Dezember. (S. L. V.) Reuters Korrespondent in Morogoro (Deutsch-Ostafrika) telegraphiert, General Wahle, der sich aus Tabora nach Südosten zurückzog, um sich der Hauptmacht anzuschließen, habe einen kleinen englischen Posten bei Malingali angegriffen und sei dabei auf unerwarteten Widerstand gestoßen. Nach dem Kampfe, der vier Tage dauerte, kamen britische Verstärkungen an, die den Feind vertrieben. Wahles Abteilung verlor dabei 61 Tote und 83 Gefangene. — Inzwischen wurde eine Streitmacht, mit der General Wahle eine Truppenabteilung des Generals Northen umzingeln wollte, selbst abgetrennt eingekesselt und zur Uebergabe gezwungen. Sieben Offiziere, 47 weiße Soldaten und 240 Askaris wurden gefangen genommen.

Die Verfolgung der Truppen des Generals Wahle dauert fort. Die nördliche britische Linie, die 200 Meilen lang ist, wurde 60 Meilen vorangeschoben, während die von dem Küstenort Kilwa aus operierenden Truppen 60 Meilen landeinwärts vorgeht sind. Dazu bemerkt Wolffs Bureau: Es handelt sich um einen bereits bekannten Abschnitt der Reihe der erfolgreichen Durchbruchgefechte der Abteilung Wahle, wobei in dem Vorstehenden die wenigen angeblichen englischen Erfolge in diesen Gefechten einseitig herausgegriffen sind. Die erneute Meldung soll voraussichtlich nur dazu dienen, den Eindruck der großen portugiesischen Niederlage in Ostafrika etwas abzuschwächen.

Mitteleuropäische Wirtschaftsziele. Konferenz in Budapest.

Die Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine Deutschlands, Österreichs und Ungarns sind am Montag in Budapest unter dem Vorsitz des ungarischen Vereinspräsidenten Weltere zu einer Konferenz zusammengetreten.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, der die Rechtsannäherung betrifft, liegt ein gemeinsamer Antrag der Referenten vor, in dem der Wunsch ausgesprochen wird, daß ein möglichst weitgehender Einfluß im Verkehrsrecht Deutschlands, Österreichs und Ungarns hergestellt werde, der jedoch eine verschiedene Behandlung in Einzelheiten nicht verhindern solle, wo dies territoriale Verhältnisse erforderten. Ein solcher Einfluß sei insbesondere herzustellen mit Bezug auf die Bestimmungen der Handelsgesetzbücher, mit Bezug auf das Verfallsrecht und Lagerhausrecht, auf das Gesellschaftsrecht, das Wechselrecht, das Scheckrecht, ferner das Patentrecht, die Markenrecht, den Musterrecht, das Urheberrecht, und endlich sollen bezüglich der Gesetzgebung über den uniauterer Wettbewerb die gleichen Grundsätze maßgebend sein.

Zur Frage des Eisenbahnverkehrs, Güterverkehrs und der Gütertarife wurde in dem Antrage als oberster Grundsatz ausgesprochen, daß die dem jetzigen Eisenbahnverkehr förderlichen Bestimmungen in vollem Umfang aufrecht erhalten werden. Für Streitfälle über die Anwendung der tarifrechtlichen Gleichbehandlung wäre eine schiedsgerichtliche Austragung vorzuziehen. Die in Deutschland und Österreich bestehenden Eisenbahngemeinschaften, denen als dritte Gruppe die ungarischen Bahnen sich anreihen sollten, hätten sich zu einer Gesamtvereinigung zusammenzuschließen, die die aus der angestrebten engeren Verkehrsvereinsgemeinschaft sich ergebenden Fragen zu behandeln und im Sinne des Gesamtinteresses zu lösen hätte. Dieser Punkt der Tagesordnung wurde angenommen. Hierauf wurde die Sitzung unterbrochen.

Für Arbeitszeit-Verkürzung und Sonntagsarbeit-Verbot in englischen Munitionsfabriken.

London, 12. Dezember. (S. L. V.) Die Kommission, welche den Gesundheitszustand der Arbeiter in den Munitionsfabriken Englands untersuchen sollte, hat nach genauer und eingehender Untersuchung angeraten, von langen Arbeitstagen und vom Ausfall des wöchentlichen Ruhetages abzusehen und die Arbeit in der Munitionsindustrie an den Sonntagen zu verbieten. Die Begründung des Urteils der Kommission befaßt, daß bei einer Arbeitswoche von sieben Tagen, also ohne Ruhetag, genau so viel gearbeitet werde, wie in einer Woche von sechs Tagen mit einem Ruhetage. In allen Distrikten längs der Nordostküste wurde deshalb die Arbeit am Sonntag bereits ab geschafft.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus. Leere Bänke.

Das Preussische Abgeordnetenhaus saß am Dienstag vor fast leeren Bänken die zweite Beratung des Entwurfs eines Schätungsamtsgesetzes fort. Anwesend waren wohl nur die Mitglieder der Kommission, die übrigen Mitglieder des Hauses bringen dem Gesetz schon sowieso wenig Interesse entgegen; noch weit geringer aber ist das Interesse aus leicht erklärlichen Gründen an einem Tage, wo die Augen der ganzen Welt auf die Vorgänge im Reichstage gerichtet sind. Neues wurde in der Debatte kaum gesagt, im wesentlichen wiederholten die Redner ihre Ausführungen in der Kommission. Bei dem großen Redebedürfnis ist der Gang der Verhandlungen so schleppend, daß noch mehrere Tage damit zugebracht werden dürften. Die Annahme des Gesetzes ist gesichert, die fortwährend in großer Zahl einlaufenden Änderungsanträge haben kaum Aussicht auf Annahme. Die Beratung geht am Mittwoch weiter.

Das inländische Echo des Friedensangebots.

Zur Stunde liegen naturgemäß erst eine geringe Anzahl von Aeußerungen über die Note der deutschen Regierung an die gegnerischen Mächte vor. Die Abendpresse beschränkt sich vorwiegend darauf, den Bericht der Reichstagsberatung abzubruden; ein Teil jedoch, der offenbar den Inhalt der Kanzlerklärung vorausgeahnt hat, bringt bereits sachliche Kommentare.

Aus den Blättern der Kanzlerfronde spricht offenes Mißvergnügen, das sich schon in Ton und Aufmachung fundiert. Die konservative „Deutsche Tageszeitung“ spricht in ihrem Stimmungsbild mit sichtlich Pointierung von „vereinzeltem Händelkatschen“ und „nur teilweisem Veisfall“. Ebenso hat die alldeutsche „Tägliche Rundschau“ ihre Kritik in ein satirisches Stimmungsbild verlegt, das mit wenig Erfolg den verstorbenen Petrenz zu kopieren sucht. Bei der Lektüre der „Täglichen Rundschau“ kann man fast den Eindruck erhalten, als ob der Kanzler nur um des „Vorwärts“ willen geredet habe. Aber das ist uns doch etwas zuviel der Ehre. Hier eine Stil- und Kostprobe:

Nach siedert ungestillte Reugier. „Wie nennt sich das Stück?“ Die Wauefalle. Und wie das? Metaphorisch. „Habt ihr den Inhalt gehört? Wird es kein Ergebnis geben?“ Sie wissen nichts. Nur das Häuflein der Eingeweihten weiß etwas. Vor einem Stänklein noch hat man den Zeitungsleuten in der Wilhelmstraße das Geheimnis verraten. Bald werden alle wissend sein. Ob sie auch glücklich sein werden? Der „Vorwärts“ hat noch einmal heute früh eine Weltwende verheißen. Im Kolatradu schreibt er aus: „Der 12. Dezember — ein Tag der Entschcheidung!“ Was wird entschieden? Wie wird entschieden? Eines darf man sagen, noch ehe der Kanzler spricht: Es wird von den Friedensbedingungen die Rede sein. Von Friedensbedingungen nicht nur Deutschlands; von Bedingungen, zu denen der ganze Kreis unserer Verbündeten mit uns sich bekennt. Also Erfüllung der

Herzenswünsche des „Vorwärts“, des „Berl. Tagebl.“? Gemach doch. Es bleibt abzuwarten, ob der Kanzler wirklich nach der Forderung des „Vorwärts“ Friedensverhandlungen anbieten wird, nicht wie zwischen Sieger und Besiegten, sondern gleich auf gleich. Es bleibt abzuwarten, ob er unter dieser grauen Maske und eine Vision beklüden wird: Wilson mit dem Palmzweig. Ob nicht am Ende der „Vorwärts“ und das „S. L.“ enttäuscht ihr Programm von gestern mit der Kanzlerrede von heute vergleichen und mit jenem Jüngling sprechen werden: „Was habe ich, wenn ich nicht alles habe?“ Ob sie nicht mit ihm klagen werden: „Nimm einen Ton aus einer Harmonie! Nimm eine Farbe aus dem Regenbogen, und alles, was dir bleibt, ist nichts, solange das schöne All der Töne fehlt und Farben.“

Am Schluß des Sitzungsberichtes wiederholt sich die Frage:

Hat nun der „Vorwärts“ seine Sonne? Werden wir „gleich auf gleich“ verhandeln mit den Geschlagenen. Herr v. Bethmann sagt, unsere Vorschläge würden „eine geeignete Grundlage“ für Verhandlungen bilden. Darunter läßt sich viel und vielerlei begreifen. Wir haben noch nicht ein ganzes ungeteiltes Wissen. Und vielleicht sagt der „Vorwärts“ nun doch: „Was hab ich, wenn ich nicht alles habe?“

Uns lassen diese Angabungen kalt, denn wir begreifen, daß die „S. L.“ genötigt ist, andern Kerger nachzujagen, um ihren eigenen maßlosen Kerger zu verbergen.

Die freikonservative „Post“ schreibt: „Der deutsche Kanzler konnte seinen Willen zum Frieden in dieser Form sehr wohl kundgeben“. Die Akzentuierung des „konnte“ soll wohl bedeuten, daß er nach Ansicht der Post sehr wohl auch anders gekonnt hätte. Nachher sieht man deutlicher, wie es gemeint ist, wenn die „Post“ das Friedensangebot folgendermaßen kommentiert:

Und damit ist eben der Zeitpunkt gegeben, in dem der deutsche Kanzler hervortreten und sagen durfte: Ich biete Frieden! Und in diesem Anerbieten schlummert das drohende Nachwort: Wenn ihr Deutschlands Hand ausschlägt, werdet ihr seine Faust, dann aber mit verstärkter Gewalt, abermals fühlen!

Für die „Post“ liegt das Hauptgewicht also nicht auf dem Friedensangebot, sondern auf der Drohung im Falle der Ablehnung. Sehr bezeichnend sind auch folgende Sätze:

Mit dem deutschen Vorschlag, Friedensverhandlungen einzuleiten, sind nun alle Anwärter niedergeschlagen, die der Feind und mancher abelwollende Neutrale nicht müde wurde, gegen Deutschland zu erheben: das Deutsche Reich wolle den Vernichtungskrieg wider seine Gegner. Koch mehr aber ist die Ueberflüssigkeit aller neutralen Einmischungsversuche dargetan. Es bedarf keiner Vermittlung mehr, die Verhandlungen können un mittelbar beginnen.

Die „Post“ scheint ganz vergessen zu haben, daß die Uebermittlung der Note durch Neutrale erfolgt. Außerdem wird sie ja nun inzwischen auch das an den Papst gerichtete Vermittlungersuchen gelesen haben. Wir sehen nicht den geringsten Grund, in diesem Augenblick den Neutralen vor den Kopf zu stoßen.

Das nationalliberale „S. Uhr-Abendblatt“ behandelt die Kanzlerrede in einem längeren Artikel. Eine Stellungnahme mag daraus entnehmen, wer im Rätselraten bewandert ist. Wir verzichten.

Mit aufrichtiger Freude begrüßt Theodor Wolf im „Berl. Tagebl.“ den Schritt der verbündeten Regierungen. Er schreibt:

Wir werden ihn auch dann für richtig und erfreulich halten, wenn sich zeigen sollte, daß die Regierungen der feindlichen Staaten noch nicht bereit sind, den Waisstrom, der sich seit zwei und einem halben Jahr durch Europa ergießt, einzudämmen.

Er billigt es auch, daß die verbündeten Regierungen bei diesem ersten Schritt nicht gleich mit ihrem genauen Programm hervortreten sind:

Wenn die Entente-Regierungen dieses Programm kennen lernen wollen, so bietet sich ihnen dazu die Gelegenheit. Wir glauben, daß in diesem Augenblick keine Einwendung, kein Bedenken irgendwelcher Art sich vordrängen, daß niemand die Möglichkeiten, die in der Stimmung liegen, vermindern darf. Ohne allzu hoffnungsvoll auf den sofortigen Erfolg zu bauen, müssen diejenigen, die nicht in Ueberoberungsdräume sich wiegen, mit voller Kraft jeden Schritt unterstützen, der vielleicht doch ein erster Schritt auf dem Wege zum Frieden werden kann.

Die „Freisinnige Zeitung“, die das Friedensangebot gleichfalls mit Freude aufnimmt, beschäftigt sich mit dem Geschäftsordnungsstreit am Schluß der Sitzung und meint dazu:

Die Bedeutung der Note Deutschlands und seiner Verbündeten würde abgeschwächt, ihre Wirkung womöglich in das Gegenteil verkehrt worden sein, wenn jetzt der Reichstag sich in eine Diskussion über den diplomatischen Schritt eingelassen hätte, und wenn dabei die unlesbar vorhandenen verschiedenen Auffassungen über das deutsche Kriegsziel zum Gegenstand polemischer Erörterungen gemacht worden wäre. Daher war es das einzig Richtige, daß die Mehrheit des Reichstags nach der Rede des Reichskanzlers die Beratung des Reichstags auf unbestimmte Zeit aus sprach und damit ungenau und schädliche Auseinandersetzungen beiseite schob, die von gewissen Seiten geplant waren.

Kriegsersatz- und Arbeitsdepartement.

Im Kriegsamt ist ein Kriegsersatz- und Arbeitsdepartement geschaffen worden. Es bearbeitet die grundlegenden Bestimmungen für die Verteilung der Wehrkräfte auf den Heeresdienst und auf die gesamte Kriegswirtschaft. Anfragen, Anregungen und Eingaben grundsätzlicher Art, ebenso Besuchen sind unmittelbar an das Departement zu richten, soweit nicht in erster Linie das betreffende Stellvertretende Generalkommando zuständig ist.

Unter dem Kriegsersatz- und Arbeitsdepartement stehen das Kriegsersatzamt, das die Heeresergänzung bearbeitet, und das Arbeitsersatzamt, dem die Beschaffung der Arbeitskräfte für die Kriegswirtschaftsbetriebe usw. obliegt. Diese Ämter führen ihren Schriftverkehr wie bisher selbständig.

Die vielfach beim Departement einlaufenden Einzelgesuche um Verwendung im vaterländischen Hilfsdienst können hier keine Berücksichtigung finden. Die Stellen, an die derartige Gesuche zu richten sind, werden demnächst durch öffentliche Bekanntmachung bezeichnet werden.

Die Geschäftszimmer des Departements befinden sich in Berlin, Friedrichstraße 100, im bisherigen Monopol-Hotel, nahe Bahnhof Friedrichstraße. Postadresse: NW. 7. Telegrammadresse: Wehrkraft. Fernsprecher: Amt Zentrum 10096 bis 10099.

Stresemanns Kriegsziele.

Der nationalliberale Abgeordnete Stresemann hat sich von dem Vertreter eines Budapester Blattes über deutsche Kriegs- und Friedensziele ausfragen lassen, und im „Deutschen Kurier“ wird das Resultat dieser Unterredung wiedergegeben. Auf die Frage, „ob es einen staatsmännischen Weg gäbe, um den Frieden zu beschleunigen, einen Weg, der noch nicht benützt worden wäre“, antwortet der in Budapest sehr ange sehene Politiker mit längeren Ausführungen, die in dem Satz gipfeln:

Demnach erscheint mir ein staatsmännlicher Schritt zur Herbeiführung des Friedens erst dann aussichtsvoll werden zu können, wenn einmal die militärische Lage, in der bisherigen Richtung fortschreitend, sich so weit gelüftet hat, daß auch die Entente die völlige Fruchtlosigkeit aller Vermählungen einsehen muß. Dies ist der beste und wohl auch der einzige Weg!

Man wird seit dem 12. Dezember diese Ansicht für etwas veraltet halten dürfen. Im übrigen fordert Stressemann bessere strategische Sicherung nach Osten und Westen. Einen Weltfriedensbund hält er für eine zu schwankende Grundlage des Friedens. Unbedingt will er aus dem „nassen Dreieck“ an den freien Ozean herankommen und verlangt hierfür Stützpunkte unserer Flotte am Englischen Kanal, die er den vielen englischen Gibraltar vergleicht. Die Spanier müssen für die deutsche Kultur gerettet werden, da sie sonst rettungslos der Verwelschung anheimfallen. Bezüglich der Kolonien fordert Stressemann ein deutsches Kolonialreich von mindestens dem gleichen Range, wie es war. Schließlich muß Deutschland sich die Pläne der Pariser Wirtschaftskonferenz verbitten und volle Gleichberechtigung auf allen Märkten der Welt fordern.

Der letzten Forderung ist ohne weiteres zuzustimmen. Im übrigen erheben sich gegen die Forderungen Stressemanns, namentlich die Gibraltar an der nordfranzösischen Küste, mehr als erhebliche Bedenken. Wir sind grundsätzliche Gegner von Amerikon; aber die Amerikon von Dingen, die man gar nicht in der Hand hat, ist nicht einmal Frage des Grundsatzes sondern nur der politischen Möglichkeit.

Die Gewerkschaften und das Hilfsdienstgesetz.

Die Konferenz von Vertretern der Gewerkschaften und Angestelltenverbände, deren Einberufung wir in der Dienstagsnummer mitgeteilt haben, tagte gestern unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Legien im Germaniaaal in der Chausseestraße.

Legien eröffnete die Verhandlungen und teilte mit, daß an der Konferenz teilnehmen: von den gewerkschaftlichen Zentralverbänden 450, von den christlichen Gewerkschaften 240, von den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 60, von der polnischen Berufsvereinigung 4, von der Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände 60, von den kaufmännischen Verbänden 20, von den Verbänden der technischen Angestellten 10 Vertreter. Die hier vertretenen Organisationen hatten vor dem Kriege zusammen 4 Millionen Mitglieder. Den an die Behörden ergangenen Einladungen folgenden sind erschienen: Staatssekretär Dr. Helfferich, Generalleutnant v. Grüner (Chef des Kriegsamt), Ministerialdirektor Dr. Caspar, Unterstaatssekretär Richter, Geheimer Regierungsrat Siefarth, Hauptmann Krüger (Kriegsamt). Der Reichskanzler hat die Einladung mit einem Schreiben beantwortet, worin er bedauert, daß er wegen anderweitig dringender Arbeiten an dieser bedeutsamen Tagung nicht teilnehmen kann.

Nachdem Legien diese geschäftlichen Mitteilungen gemacht hatte, führte er aus: Eine Versammlung wie diese dürfte in Deutschland bisher noch nicht zusammengetreten sein. Außerordentliche Verhältnisse bedingen außerordentliche Maßnahmen. Gemeinsame Not hat die Vertreter aller Richtungen der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen hier zusammengeführt. Die gegnerischen Mächte drohen, Deutschland zu zerstückeln, es vom Weltmarkt abzuscheiden. Wir wissen, daß besonders von England alles daran gesetzt wird, um diese Drohung wahr zu machen. Sollte das gelingen, dann würden es gerade die Arbeiter sein, die dann in anderen Ländern Arbeit suchen müßten und vielleicht Unfreiheit finden würden. Das ist die Not, die uns für die Zukunft droht. Wir wollen, daß die Arbeiter und Angestellten im eigenen Lande bleiben und nicht nötig haben, ihr Bündel zu schnüren und auszuwandern. — Aber wir haben außer der Not der Zukunft auch die Not der Gegenwart zu überwinden. Deutschland ist von der Zukunft abgeschnitten, deshalb haben wir Ernährungsangewandtheit. Wir müssen alle Kräfte daransetzen, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Das wollen wir hier zum Ausdruck bringen. Wir wollen die Not überwinden unter der Voraussetzung, daß sie von allen Schichten des Volkes gemeinsam getragen wird. (Zustimmung.)

Wir wollen den Zweck des Hilfsdienstgesetzes erfüllen, indem wir dafür sorgen, daß unsere Söhne und Brüder im Felde so ausgerüstet werden, daß sie der gewaltigen Uebermacht, die ihnen gegenübersteht, gewachsen sind. Wenn wir unsere ganze Kraft in dieser Richtung einsetzen, so tun wir das nicht deshalb, um andere Völker zu unterdrücken. Angehörige Kräfte geben uns noch zur Verfügung. Durch das Hilfsdienstgesetz soll ein Teil dieser Kräfte ausgelöst und die hert noch brachliegenden Kräfte zur Arbeit herangezogen werden. Es kommt für den Erfolg des Gesetzes darauf an, daß bei der Durchführung guter Wille auf allen Seiten vorhanden ist. Nicht im Wege des Zwanges kann der Erfolg herbeigeführt werden, sondern dadurch, daß eine möglichst freie Betätigung gesichert wird. Wenn das Gesetz so angewandt wird, dann kann Großes geleistet werden. — Um aber das Größte zu erreichen, muß auch die nötige Kraft dahinterstehen. Also muß den Arbeitern die nötige Nahrung gegeben werden, damit sie ihre Kräfte gebrauchen können. (Lebhafte Zustimmung.) Diejenigen Kreise müssen schärfer angefaßt werden, die die Zeit nicht verstehen, die aus Eigennutz der Verdienstrug die notwendige Nahrung vorenthalten und dadurch das Volk schädigen. (Lebhafte Zustimmung.)

Hierauf nahm Staatssekretär Dr. Helfferich das Wort: Meine Herren! Namens der Reichsleitung habe ich die Ehre und Freude, Sie zu begrüßen, und der Arbeit, zu der Sie sich hier versammelt haben, den besten Erfolg zu wünschen. Der Herr Reichskanzler bebauert ausdrücklich, nicht persönlich kommen zu können. Er hat mich beauftragt, Ihnen seine Grüße und Wünsche zu übermitteln.

Ihre Versammlung gilt der Mitwirkung der deutschen Arbeiter- und Angestellten-Organisationen an der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst. Diese Ihre Mitwirkung heiße ich namens der Reichsleitung auf das herzlichste willkommen.

Meine Herren! Es war für uns kein leichter Entschluß, das deutsche Volk durch ein in alle Verhältnisse so tief einwirkendes Gesetz nach fast 2½ Jahren schwerer Kriegsnot zu einer neuen Steigerung von Opfern und Leistungen aufzurufen. Der Entschluß ist gefaßt worden als der beste und sicherste Weg zum großen Ziel. Unter dem Druck der unerhörten Anstrengungen unserer Feinde, in dem Trommelfeuer der gewaltigsten Schlacht der Weltgeschichte ist das Gesetz geboren. Es ist die Antwort der Heimat auf den Ruf der kämpfenden Truppe. Es ist aber auch die Antwort des deutschen Volkes auf den Vernichtungswillen unserer Feinde.

Das deutsche Volk hat den Krieg nicht gewollt, der Deutsche Kaiser und seine Regierung haben alles getan, den Krieg zu vermeiden. Auch auf der Sonnenscheibe unserer Waffenerfolge haben wir uns bereit gezeigt, die Hand zu bieten zu einem Friedensschluß, der dem Deutschen Reiche seine Stellung unter den Nationen, dem deutschen Volke ein freies Feld für seine friedliche Arbeit sichert. Sie kennen die Antwort, Sie wissen, daß die Machthaber unserer Feinde bisher von Frieden nichts wissen wollten, daß sie von unserer Vernichtung träumten. Wäher hofften unsere Gegner, daß wir in unserem Willen erlahmten, daß wir mit unserer Kraft am Ende seien. Voruseit und der Hilfsdienst wird sie eines Besseren belehren. Hinter Bufarelli steht unser Feldherr und Heimarmee steht die unzerstörbare Lebenskraft und der unerschütterliche Lebenswille des deutschen Volkes. Das unseren Feinden Marzumarke — wer dazu hilft, der hilft den Augenblick näher bringen, wo in der Nacht von Haß und Verblendung des Friedens Morgenröte tagt.

Meine Herren! Wir waren uns mit der Obersten Heeresleitung vom ersten Augenblick über eines klar: Der vaterländische Hilfsdienst wird nur dann das Höchstmögliche von Wirkung haben, wenn wir die überlegene und freudige Mitwirkung des Volkes in allen seinen Schichten und Klassen gewinnen. Das habe ich im Reichstag in allen Stadien der Verhandlungen immer und immer wieder ausgesprochen. Es ist mir ein Bedürfnis, vor dieser Versammlung hier erneut als meine Ueberzeugung zu bekennen: nicht der Zwang, nur die Freiheit der Pflichterfüllung kann das Höchste leisten, und der großen Zeit Genüge tun.

Nach dieser Ueberzeugung haben wir gehandelt. Schon zu den allerersten Besprechungen über den Gedanken des vaterländischen Hilfsdienstes haben wir — ebenso wie Vertreter der Arbeitgeber — die Führer der Arbeiterverbände aller Richtungen zugezogen. Von der ersten Stunde dieses Daseinskampfes an haben sich die Organisationen der Arbeiter und Angestellten mit allen ihren Kräften in den Dienst des bedrohten Vaterlandes gestellt. Mit der gleichen Bereitwilligkeit sind sie auch dieses Mal dem Rufe gefolgt. Im Reichstag ist es gelungen, durch die Schaffung eines der gesetzlichen Pflichten entsprechenden Rechtsschutzes, durch Jugendschutz und Opfer von allen Seiten, durch Unterordnung von Sonderinteressen und Sonderwünschen unter das große Gemeinschaftsziel das Gesetz so zu gestalten, daß es die überwiegende Mehrheit auf sich vereinigte. Und hinter dieser Mehrheit steht das deutsche Volk in seiner fast ausnahmslosen Gesamtheit.

Nun gilt es, dem toten Buchstaben des Gesetzes Leben einzuhauchen. Auch hierfür brauchen wir die freudige Mitwirkung aller Volksschichten, brauchen wir namentlich die Mitwirkung der Organisationen der Arbeiter und Angestellten. Die vom Gesetz verkündete Pflicht bleibt leerer Schall, wenn sie nicht im Bewußtsein und Gewissen eines jedes einzelnen geschrieben steht. Sie, meine Herren, können und werden Ihren Einfluß auf Arbeiter und Angestellte in den Dienst der vaterländischen Notwendigkeit stellen, im Kreise ihrer Verbandsmitglieder das Pflichtgefühl gegenüber dem Volksgangen und die Kameradschaft mit unseren kämpfenden Brüdern wach erhalten und steigern.

Wir wenden uns ferner an die Mitwirkung Ihrer Organisationen bei der gewaltigen Arbeit der volkswirtschaftlichen Uingruppierung, von deren Gelingen die Wirkung des Gesetzes abhängt. Es gilt, die verfügbaren Kräfte zu sammeln und an die richtigen Arbeitsstellen zu leiten; es gilt, die Heimarmee zu formieren und in Marsch zu setzen. Zur Lösung dieser Aufgabe appellieren wir nicht nur an den guten Willen und die Vaterlandsliebe, sondern auch an die Sachkenntnis und die praktische Erfahrung der hier vertretenen Organisationen.

Meine Herren! Die Tatsache der Einberufung und des so zahlreichen Besuchs dieser Versammlung aus allen deutschen Gauen, aus den Organisationen aller politischen Richtungen legt Zeugnis davon ab, daß der Ruf an die deutsche Heimarmee in den Herzen der organisierten Arbeiter und Angestellten den vollen Widerhall findet, den das Vaterland erwartet. Sie bekunden durch Ihre Anwesenheit, daß Sie helfen und mitarbeiten wollen. Ihre Hilfe und Mitarbeit ist uns die Gewähr des Erfolges. Und der Erfolg wird weiter reichen als zum unmittelbaren Zweck des Gesetzes, so gewaltig dieser Zweck für sich allein schon ist. Der Krieg hat uns dazu erzwungen, innere Gegensätze und Streitigkeiten zurückzustellen, um mit der vollen Kraft der Einheit des Vaterlandes in schwerer Zeit zu dienen zu können. Das Hilfsdienstgesetz führt uns auf diesem Wege weiter. Wie es aus der Gemeinschaftsarbeit der Heeresleitung, der Regierung, der Parteien und des Volkes in allen seinen Schichten hervorgegangen ist, so ist die Gemeinschaftsarbeit das Element seines Lebens und Wirkens. In den Organen, die das Gesetz vorzieht, werden die Vertreter der Arbeitnehmer zusammen mit Vertretern der Arbeitgeber und der Behörden die Arbeit der Durchführung zu verrichten haben. Diese Gemeinschaftsarbeit wird fruchtbar und erfolgreich sein. Sie wird das gegenseitige Verständnis für die Anschauungen, Wünsche und Bedürfnisse des anderen Teiles wecken und damit dem gegenseitigen Vertrauen die Wege ebnen. Nicht, daß wirtschaftliche Interessenkämpfe künftighin aufhören könnten oder sollten! Das wäre Utopie. Aber die Einsicht in die Lebensberechtigung und in die Lebensnotwendigkeiten des anderen Teiles und die ethische Abwägung der beiderseitigen Sonderinteressen mit den Erfordernissen des Gemeinwohls — das wird künftighin manchen Streit verhüten und manchen Kampf in seinen Formen und Wirkungen mildern.

Der Hilfsdienst ist Kriegs- und Notgesetz. Aber der Gewinn, der aus der Einheit der Pflicht und der Einheit der Arbeit entspringt, darf uns nicht wieder verloren gehen. Dieselbe Kraft, die uns Sieg und Frieden bringen muß, dieselbe Kraft soll uns im Frieden helfen, die Wunden des Krieges zu heilen, aus Trümmern wieder aufzubauen und die unzerstörbaren sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes einem neuen Aufstiege zuzuführen.

Generalleutnant von Grüner: Ich habe Ihnen die Grüße des Herrn Kriegsministers zu überbringen und Ihnen zu sagen, daß er viel erwartet von der heutigen Tagung und von Ihrer Mitwirkung bei der Ausführung des Gesetzes. Ich darf wohl annehmen, daß wir uns gegenseitig mit dem größten Vertrauen entgegenkommen, und wenn das Hilfsdienstgesetz nach dem Kriege wieder außer Kraft tritt, wir uns die Hände schütteln und sagen können, wir haben es recht vernünftig gemacht. Von der gemeinsamen Arbeit im Kriege dürfen wir erwarten, daß auch im künftigen Frieden viel Trensandes befohrt und eine gute Saat für die Entwicklung des deutschen Volkes aus unserer Kriegesarbeit hervorgehen wird. Bei der Ausführung des Gesetzes müssen politische Meinungsverschiedenheiten ausgeschaltet werden. Wir müssen uns auf den gemeinsamen Boden der Vaterlandsliebe stellen. Durch das Anlag des Krieges muß das deutsche Volk geläutert werden. Das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Kreise des Volkes muß in die Herzen aller Deutschen hineinkommen. Wenn der Krieg und das Hilfsdienstgesetz diesen Zweck erreicht haben wird, dann ist für die zukünftige Entwicklung des deutschen Volkes der beste Boden geschaffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Hierauf tritt die Konferenz in die Tagesordnung ein. Reichstagsabgeordneter Bauer referiert über das Hilfsdienstgesetz. — Einleitend bemerkt er, daß das Gesetz nicht nur in die Verhältnisse der Arbeiter eingreift, sondern auch in die Interessen der Unternehmer. Der Zweck des Gesetzes ist, unsere an der Front kämpfenden Brüder mit den nötigen Abwehrmitteln zu versehen. Der Redner geht auf die Einzelheiten des Gesetzes ein, die er sachkundig erläutert. Im allgemeinen führt er aus, daß nicht der Zwang, sondern die Freiwilligkeit der Arbeit die Grundlage des Gesetzes sei und ein Zwang nur bei Verletzung der Hilfsdienstpflicht eintrete. Unter anderem verweist der Redner darauf, daß von Unternehmerseite gefordert wird, im Vergleich Frauen auch unter Tage zu beschäftigen. Im Namen aller Organisationen möchte ich aussprechen, daß die Regierung diesem Verlangen nicht stattgibt. — Daß die im Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Ausschüsse und Schlichtungskommissionen nicht durch Wahlen zusammengesetzt, sondern die Mitglieder vom Kriegsamt ernannt werden, ist eine unerwünschte Kriegsmassnahme. Wahlen würden zu viel Zeit erfordern. Wir erwarten, daß das Kriegsamt die Vorschläge der Organisationen gebührend berücksichtigen wird. Von besonderem Wert ist es, daß auch für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Landwirtschaft Ausschüsse und Schlichtungsstellen vorgesehen sind. Ueberhaupt haben die Schlichtungsstellen erhebliche Bedeutung für die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Wenn sich ein Unternehmer der Entscheidung der angereiften Schlichtungsstelle nicht fügt, dann kann eine Arbeitszeinstellung der gesamten Belegschaft des Betriebes stattfinden. Es ist also auch unter dem Hilfsdienstgesetz möglich, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Rechtsverhältnisse der Arbeiter werden durch das Gesetz besser ge-

stellt, als sie es durch Verordnungen von Militärbefehlshabern geworden sind. Durch derartige Verordnungen ist an verschiedenen Stellen das Versammlungsrecht der Arbeiter beseitigt worden. Wir erwarten, daß alle derartige Verordnungen aufgehoben werden. — Die Gewerkschaften werden unter dem Hilfsdienstgesetz unter günstigen Voraussetzungen arbeiten können. Die Arbeiter und Angestellten haben den besten Willen, das Gesetz in vollem Umfange zur Durchführung zu bringen. Sie werden ihr Bestes hergeben, um den Truppen zu liefern, was sie brauchen, damit sie dem Ansturm der Gegner nicht erliegen. Die Heimarmee wird in vollem Maße ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. Wir leisten diese Arbeit, um dem Frieden zu dienen. Nachdem die Friedensbedingungen des Reichskanzlers kein Entgegenkommen gefunden haben, bleibt uns nichts übrig, als den Abwehrkampf mit aller Kraft zu führen. In diesem Kampf um seine Existenz wird das deutsche Volk jeden Ansturm und jeden Nerv anspannen. Die hier versammelten Vertreter von vier Millionen Arbeitern und Angestellten sind ein sinnvoller Ausdruck für die Entschlossenheit des deutschen Volkes, in diesem Sinne zu wirken. (Lebhafte Zustimmung.)

Reichstagsabgeordneter Lehrens (Vertreter der christlichen Gewerkschaften) referiert über die Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen und Angestelltenverbände bei der Durchführung des Gesetzes. Er betont, daß alle Organisationsrichtungen zusammenarbeiten, um das Gesetz und die Maßnahmen des Kriegsamt durchzuführen und die Arbeiter über die Bedeutung des Gesetzes aufzuklären. Wir haben aus dem Munde des Chefs des Kriegsamt gehört, daß das Gesetz in verständiger Weise ausgeführt werden soll. Darauf vertrauen wir und werden an der verständigen Durchführung des Gesetzes mitwirken. Wir werden unsere ganze Kraft in den Dienst der großen Sache des Vaterlandes stellen. In den Ausschüssen und Schlichtungskommissionen ist ein Weg gegeben, Arbeiterangelegenheiten unter Mitwirkung von Arbeitern harmonisch erledigen zu können. Wenn in diesem Sinne weiter gearbeitet wird, dann wird man uns nach dem Kriege nicht mehr so viel Schwierigkeiten machen können, wenn wir den Wunsch aussprechen, Einrichtungen zu schaffen, die dem sozialen Frieden dienen. Wirken Sie in diesem Sinne bei der Durchführung des Gesetzes mit, dann werden Sie unserem Volke die Freiheit und die Zukunft sichern. (Beifall.)

Hartmann (Vorsitzender der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften) erklärt, daß auch seine Organisation bereit sei, an der Durchführung des Gesetzes mitzuwirken. Wenn das Gesetz nicht unbedeutende Eingriffe in die Rechte der Arbeiter mache, so bringe es doch auch Fortschritte hinsichtlich der Vertretung in den Schlichtungskommissionen und Ausschüssen, die auch den Landarbeitern zugute kommen. Hoffentlich werde dieser erste, aus der Not der Zeit geborene Schritt zur vollen Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den Industriearbeitern führen. Die Bedenken, welche von allen Gruppen gegen gewisse Bestimmungen des Gesetzes geltend gemacht wurden, sind zurückgestellt worden, weil in der heutigen Zeit keine Prinzipienkämpfe getrieben werden darf. Es kommt nur darauf an, die deutsche Nation widerstandsfähig zu machen.

Numer (Vorsitzender der polnischen Berufsvereinigung) tritt namens seiner Organisation ebenfalls für die Mitarbeit bei der Durchführung des Gesetzes ein.

Aufhäuser (Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht): Die Angestellten ohne Unterschied der Richtung haben sich vom ersten Tage an auf den Boden dieses Gesetzes gestellt. Manches vermischen wir aber in dem Gesetz. Besonders hätten wir eine weitere Sicherung des Koalitionsrechts gewünscht. Wenn das Gesetz eine wesentliche Verbesserung des ursprünglichen Entwurfs darstellt, so ist das in erster Linie das Verdienst der Gewerkschaftsvertreter im Reichstage, denen ich namens der von mir vertretenen Verbände Dank ausspreche. Wir Angestellten empfinden es als Fortschritt, daß wir durch das Gesetz zum erstenmal Gelegenheit bekommen, bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse mitzuwirken. Dies Recht ist uns von den Großbetrieben bisher verweigert worden. Wir wünschen, daß das Kriegsamt beim Stellenwechsel von Angestellten Rücksicht auf ihre Minderungsverhältnisse nimmt, und daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, in bessere Stellen zu kommen. Auch die vom Militärdienst Reklamierten sollen unter dieses Gesetz fallen. Wir vermahnen uns dagegen, daß ihnen, wie es von Unternehmern oft gesehen ist, mit dem Schützengraben gestraft wird, wenn sie ihre Interessen wahrnehmen. Die Anerkennung der Organisation als staatsrechtlicher Faktor muß auch in den Frieden hinübergerettet werden.

Dr. Hübler (Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und führt aus: Wir kaufmännischen Angestellten sind bei der Befragung der Ausschüsse schlecht weggekommen. Sollten uns nicht mehr Vertreter zugebilligt werden, so bitten wir die Vertreter der Arbeiter, für unsere Interessen mitzuwirken.

Dr. Hoffe (Arbeitsgemeinschaft der Verbände der technischen Angestellten) tritt dafür ein, daß beim Stellenwechsel von Angestellten sowie bei Stillelegung von Betrieben die Rechte erhalten bleiben, welche die Angestellten durch längere Tätigkeit im Betriebe erworben haben.

Die Diskussion wird eröffnet. Gleichauf (Hirsch-Dunderscher Gewerksverein) spricht für Mitarbeit bei der Durchführung des Gesetzes.

Bren (Hörselarbeiterverband) weist darauf hin, daß die Arbeiter in der chemischen Industrie unter sehr gefährlichen und gesundheitsgefährlichen Verhältnissen arbeiten. Für die Landwirtschaft und für den Kriegsbedarf hat die chemische Industrie und ihre Arbeiter bedeutendes während des Krieges geleistet. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, damit Unfälle, die in den chemischen Fabriken bis in die letzte Zeit oft vorgekommen sind und erschütternde Folgen gehabt haben, verhindert werden. Notwendig ist auch, daß an gefährlichen Arbeitsstellen die Arbeitszeit verkürzt und die Arbeit verboten wird. Volle Vereins- und Versammlungsfreiheit muß gewährt werden. Sie ist den Arbeitern der chemischen Industrie von Unternehmern in verschiedenen Fällen verweigert worden. Nur bei voller Freiheit wird den Arbeitern der Weg vorwärts und aufwärts gebahnt werden.

Schiffer (Christlicher Textilarbeiterverband) gibt der Erwartung Ausdruck, daß, wenn das Gesetz nach dem Willen der Gesetzgeber durchgeführt wird, alle Beteiligten zu ihrem Recht kommen.

Schumacher (Hirsch-Dunderscher Gewerksverein) erklärt sich für die Durchführung des Gesetzes.

Döring (Deutscher Transportarbeiterverband) führt aus, daß Schützengraben für die Wiener Schiffer notwendig sind und er sucht das Kriegsamt, dieser Frage seine Aufmerksamkeit zu widmen.

Schiff (Deutscher Textilarbeiterverband) verweist auf die ungewöhnlich niedrigen Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie und auf die nützlichen Erwerbsverhältnisse, in die sie infolge des Krieges gekommen sind. Unter diesen Verhältnissen sei es begreiflich, daß die Textilarbeiter dem Gesetz mit Vertrauen gegenüberstehen. Es müsse mit fester Hand zugegriffen werden, damit den Zimmerleuten in der Textilindustrie ein Ende gemacht werde.

Que (Deutscher Bergarbeiterverband) erklärt im Auftrage aller Bergarbeiterorganisationen, daß sie sich an den Boden des Gesetzes stellen und mit allen Kräften an der Durchführung desselben mitarbeiten werden. Der Redner verweist auf die gesundheitlichen Gefahren, die den im Bergbau beschäftigten Frauen und Jugendlichen drohen und betont, daß eine sorgfältige Auswahl der Lehrlinge geboten ist. In den Bergbaubezirken herrschen sehr schwierige Ernährungsverhältnisse. Auf die Abstellung derselben bedacht zu sein, muß sich das Kriegsamt anlegen sein lassen. — Wenn in die Ausschüsse Vertreter der großen Organisationen kommen sollten, dann kann von Parität keine Rede sein, denn die Gelder sind nicht Vertreter von Arbeiterinteressen, sondern sie vertreten die Interessen der Unternehmer. Wenn die Unternehmer als ihre Vertreter Gelde in die Ausschüsse senden wollen, kann es uns recht sein. Aber als Arbeitervertreter erkennen wir sie nicht an. (Zustimmung.)

Baerlein (Deutscher Bauarbeiterverband) führt aus, von den Bauarbeitern könnten 75 Prozent an die Kriegsindustrie abgegeben werden, weil im Baugewerbe wenig zu tun sei. Für die Bauarbeiter müsse die Ernährungsfrage so geregelt werden, daß Rücksicht auf den häufigen Ortswechsel genommen wird, zu dem die baugewerblichen Arbeiter durch ihre Beschäftigung oft gezwungen sind. Auch der

Wartungsschulung, der während des Krieges stark vernachlässigt ist, darf nicht außer Acht gelassen werden. Der Mangel an männlichen Arbeitern hat eine Vermehrung der Frauenarbeit im Baugewerbe zur Folge gehabt. Die Frauenarbeit im Baugewerbe muß wegen ihrer Gefährlichkeit möglichst eingeschränkt werden.

Schmidt (Landarbeiterverband) begrüßt es, daß auch für die Landarbeiter Ausschüsse und Schlichtungsstellen eingesetzt sind und hofft, man werde nunmehr einsehen, daß die Landwirtschaft mit Arbeiterausschüssen arbeiten kann und daß diese Einrichtung erhalten bleibe. Auch die Sicherung des Versammlungsrechts für die Land- und Forstarbeiter sei eine dringende Notwendigkeit.

Richter (Lebendarbeiterverband) verwies auf die außerordentlich hohen Gewinne der Lederindustrie und führt Beispiele dafür an, daß trotzdem noch in letzter Zeit die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen gekürzt worden sind. Um einer Erregung der Arbeiter, die hierdurch entstehen müßte, vorzubeugen, sollten die Militärbehörden ihre Augenmerk darauf richten, daß Lohnüberhebungen unterbleiben. Auch müßten die Arbeiter in den Lederfabriken und in den Lederwarenherstellungsbetrieben hinsichtlich der Ernährung zu den Schwerarbeitern gerechnet werden.

Döhl (Büchdruckerverband) wünscht Berücksichtigung der graphischen Gewerbe insofern, als sie mit ungelerten Arbeitern nicht aufrechterhalten werden können, weshalb ihnen die erforderliche Zahl von gelernten Arbeitskräften gesichert werden müsse.

Schäfer (Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der als Vertreter der Arbeiter in das Kriegsamts berufen ist): Es ist das erste Mal, daß ein gewerkschaftlicher Vertreter zu einem solchen Amt berufen wird. Ich war im Zweifel, ob ich die Berufung annehmen könnte. Ich zweifle nicht, daß das Gesetz eine zwingende Notwendigkeit ist, auch im Interesse der Arbeiter. Trotzdem bewegen mich innere Zweifel, ob ich den Rückhalt finden würde, der notwendig ist, um in diesem Amt die Interessen der Arbeiter vertreten zu können. Die heutige Tagung hat den Beweis erbracht, daß ich höchsten Rutes in das Amt einzutreten kann, ja, daß die Annahme eine zwingende Pflicht und Notwendigkeit ist. Gestützt auf das Vertrauen der Arbeiter und Angestellten werde ich mich bemühen, als Vertrauensmann der Arbeiter — wie man mich im Kriegsamts bezeichnet hat — zu wirken und die Interessen der Arbeiter und Angestellten wahrzunehmen in der Weise, wie es hier zum Ausdruck gekommen ist. Ich glaube, hierbei auf die Unterstützung aller Arbeiter und Angestellten Deutschlands rechnen zu können.

Hiermit war die Aussprache erschöpft. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 12. Dezember in den Germania-Sälen zu Berlin versammelten Vertreter von rund vier Millionen organisierter Arbeiter und Angestellten erklären, an der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst nach Kräften mitarbeiten zu wollen.

Die durch die Organisation der Arbeiter und Angestellten vertretenen Volksschichten sind bereit, einig und geschlossen alle Kraft in den Dienst unseres Landes zu stellen, damit die Vernichtungspläne der Gegner Deutschlands erfolglos bleiben.

Von der Reichsregierung und dem Kriegsamts erwarten die Verammelten weitgehende Förderung der berechtigten Bestrebungen der Arbeiter und Angestellten auf Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie die Sicherung des Koalitionsrechts. Sie fordern eine schärfere Bekämpfung des Lebensmittelwuchers und eine bessere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, damit die arbeitende Bevölkerung die an sie gestellten Anforderungen erfüllen kann.

Stegerwald, der in der Nachmittags-Sitzung den Vorsitz führte, schloß die Konferenz mit einem Rückblick auf die Verhandlungen und gab der Erwartung Ausdruck, daß die hier behandelte Einmütigkeit der Arbeiterorganisationen, an die vor zwei Jahren noch niemand zu denken gewagt habe, nicht nach dem Kriege wieder ausgedehnt werde.

Aus Groß-Berlin.

Keine zwangsmäßige Massenpeisung.

Zu den gestern von der Presse verbreiteten Mitteilungen einer Korrespondenz, wonach „Erwägungen schweben“, die auf die allgemeine Zwangsmassenpeisung zielen, erfährt das „B. Z.“ auf Grund eingeholter Informationen, daß diese Frage zurzeit noch nicht spruchreif sei. Es wird sich allerdings mit der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes notwendig machen, der arbeitenden Bevölkerung eine rationellere Lebensmittelverteilung zu gewährleisten, als es heute der Fall ist. Dem wird in erster Linie das System der Massenpeisung in den Städten dienen. Darüber hinaus ist geplant, den Fabriken selbst in großem Umfange Küchen anzugliedern, aus denen die Männer und Frauen direkt ihr Essen beziehen können. Die Einrichtung und Verwaltung dieser Küchen wird vornehmlich in die Hände von Frauen gelegt werden. Das Kriegsamts beabsichtigt, die sämtlichen Frauenvereine in Deutschland in einer einheitlichen Organisation zusammenzufassen und einen besonderen Rationalauschuss für Frauenarbeit dem Kriegsamts beizugeben. Diesem Ausschuss würde dann nicht nur die Organisation der Fabrikküchen, sondern auch die Unterbringung der Kinder arbeitender Frauen in Fabrikkinderhorten zufallen.

Die Zwangsmassenpeisung für alle wird hier also nicht überhaupt abgelehnt; aber sie ist „noch nicht spruchreif“. Das heißt: man behält sie sich für etwaige spätere Zeiten vor. Wenn sie dann kommt, wird es vielleicht wieder einmal zu spät sein, wie es bisher bei vielen anderen Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungsangelegenheiten in der Regel der Fall war.

Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 827) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Jede Art von Lichtreklame ist verboten. Als Lichtreklame gilt auch die Beleuchtung der Aufschriften von Namen, Firmenbezeichnungen usw. an Läden, Geschäftshäusern, Cafés, Speise- und Schankwirtschaften, Cafés, Theatern, Lichtspielhäusern, wie überhaupt an sämtlichen Vergnügungsorten.

§ 2. Alle offenen Verkaufsstellen sind um 7. Sonnabends um 8 Uhr abends zu schließen. Ausgenommen sind nur Apotheken und Verkaufsstellen, in denen der Verkauf von Lebensmitteln oder von Zeitungen als der Hauptzweck zweigebietet betrieben wird.

§ 3. Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafés, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schauspieltun stattfinden, sowie öffentliche Vergnügungsorte aller Art sind um 10 Uhr abends zu schließen. Das gleiche gilt von Vereinen und Gesellschaftsräumen, in denen Speisen oder Getränke verabreicht werden.

Die Landesoberbehörden und die von ihnen beauftragten Behörden werden ermächtigt, für bestimmte Bezirke oder Bezirke und in Einzelfällen eine spätere Schließung, jedoch nicht über 11 1/2 Uhr abends zu gestatten.

§ 4. Die Beleuchtung der Schaufenster, der Läden und der sonstigen zum Verkauf an das Publikum bestimmten Räume ist auf das unbedingt erforderliche Maß einzuschränken. Das gleiche gilt für Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafés, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schauspieltun stattfinden sowie für öffentliche Vergnügungsorte aller Art. Die Polizeibehörden sind berechtigt, die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Die Augenbeleuchtung von Schaufenstern und von Gebäuden zu gewerblichen Zwecken ist verboten. Ausnahmen können von den

Polizeibehörden zugelassen werden. Die Bestimmung in Abs. 1 Satz 1 hat hierbei Anwendung zu finden.

§ 5. Die Beleuchtung der öffentlichen Straßen und Plätze ist bis auf das zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit notwendige Maß einzuschränken.

Die Polizeibehörden sind berechtigt, die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

§ 6. Die elektrischen Straßenbahnen und Straßenbahnähnlichen Kleinbahnen haben ihren Betrieb soweit einzuschränken, wie es sich irgend mit den Verkehrsverhältnissen vereinbaren läßt.

Die Aufsichtsbehörden können die entsprechenden Anordnungen treffen.

§ 7. Die dauernde Beleuchtung der gemeinsamen Hausflure und Treppen in Wohngebäuden ist nach 9 Uhr abends verboten.

Die zuständigen Polizeibehörden sind berechtigt, Ausnahmen zu gestatten.

§ 8. Wer den Vorschriften der §§ 1 bis 8, 4, Abs. 2 Satz 1, § 7 oder den auf Grund der §§ 4 Abs. 1, 5, 6 getroffenen Anordnungen zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 3000 M. oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit dem 15. Dezember 1916, die Vorschriften in § 2 jedoch mit dem 1. Januar 1917 in Kraft. Der Reichsstatler bestimmt den Tag ihres Außertretens.

Die Neuregelung der Zulassarten.

Wie bereits mitgeteilt, fallen bei der nächsten Hauptverteilung sämtliche ausgegebenen zweiten Zulassarten fort. Auch bei der Ausgabe der ersten Zulassarten sind die Verordnungen neu ausgewiesen worden, mit äußerster Sparsamkeit vorgegangen, da Nachbewilligungen mit Rücksicht auf die vorhandenen Fehlbestände nicht erfolgen können.

Die in Aussicht genommene Neuregelung der Zulassartenfrage soll, wie der Berliner Magistrat mitteilt, mit dem 1. Januar 1917 einsehen und wird nach folgenden Grundsätzen erfolgen: Die jugendlichen Personen im Alter von 12 bis einschließlich 17 Jahren werden durch die Neuregelung nicht berührt. Sie erhalten die Zulassarten ohne Prüfung des Bedürfnisses weiter. Bei allen übrigen Personen muß infolge des Umfanges, den die Ausgabe der Zulassarten in letzter Zeit angenommen hat, und mit Rücksicht darauf, daß zweifellos eine große Zahl von Personen in den Besitz von Zulassarten gekommen ist, bei denen ein besonderes Bedürfnis hierzu nicht vorliegt, die Frage des Bedürfnisses einer erneuten Prüfung unterzogen werden.

Für die Gewährung der einen Zulassart von 550 Gramm kommen folgende Personengruppen in Betracht: Personen, die nach der für die Kartoffelgemeinschaft Groß-Berlin aufgestellten Liste für die Gewährung von Kartoffelzulassarten als Schwerarbeiter anzusehen sind; Personen, die als Industriearbeiter für Feuer- und Gießereiarbeit tätig sind; Personen, die mit Nachtarbeit beschäftigt sind, d. h. in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens mindestens 6 Stunden Arbeitszeit haben; Personen, die in Tag- und Nachtschichten arbeiten, sofern auf zwei aufeinanderfolgende Kalenderwochen mindestens 6 Nachtschichten fallen; außerdem folgende Personengruppen: Lokomotiv- und Zugführer sowie das sonstige Eisenbahnpersonal der Volk- und Kleinbahnen. Hierunter fallen auch elektrische Bahnen- und Omnibusgesellschaften. Ebenso können auch Droschkentreiber und Chauffeure behandelt werden; Bahnpostbeamte sowie Briefträger und Postausbeleger; Mannschaften der Berufsfeuerwehren; im Außendienst tätige Beamte der Säugmannschaft; im Außendienst tätige Beamte der Straßenreinigung. Bureauarbeiter erhalten im allgemeinen keine Zulassarten. Nur wenn die Arbeitszeit länger als acht Stunden dauert, ohne daß die Möglichkeit zu einem Mittagessen während dieser Zeit besteht, kann eine Zulassart bewilligt werden.

Zweite und dritte Zulassarten werden überhaupt nicht mehr ausgeben.

Für die Ausgabe der Zulassarten kommen nicht in Betracht: Personen, die nach der für die Kartoffelgemeinschaft aufgestellten Liste für die Gewährung von Kartoffelzulassarten als Nichtschwerarbeiter anzusehen sind; Angehörige der freien, geistigen Berufe (Studenten, Akademiker, Künstler usw.); Kinder bis zum vollendeten 12. Lebensjahre. Wegen der Dienstboten wird besonders darauf hingewiesen, daß sie als Hausangestellte nach der Liste für die Kartoffelzulassarten als Nichtschwerarbeiter anzusehen sind.

Die Ausgabe einer Zulassart darf nur auf Grund der vorgeschriebenen Arbeitgeberbescheinigung erfolgen, mittels derer die Gewährung der Zulassart erstmalig beantragt werden muß.

Kriegsarbeitsvermittlung.

In weiten Kreisen der Bevölkerung, besonders unter den Frauen, scheint die irrtümliche Auffassung zu herrschen, daß das Kriegsamts oder das Kriegsarbeitsamt Arbeitsstellen vermittelt. Dies ist nicht der Fall. Arbeitsjüngende müssen sich an die öffentlichen Arbeitsnachweise wenden, denen vom Kriegsamts aus jede Unterstützung zuteil wird.

Außerdem werden durch die Kriegsamtsstellen in der Provinz sowie durch die Stellvertretenden Generalkommandos demnächst Bekanntmachungen erlassen werden, die zur freiwilligen Meldung von Arbeitskräften, besonders von Hilfsdienstpflichtigen für bestimmte Arbeitsarten aufrufen. Aus diesen Aufrufen wird zu ersehen sein, wo Meldungen entgegengenommen werden.

Lieferung von Kohlen, Koks und Briketts.

Auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (G. S. S. 451 ff.) bestimmte ich hiermit für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg:

§ 1. Insofern das Kriegsamts (Kohlenausgleich) einem Lieferer die Lieferung von Kohlen, Koks und Briketts als nicht erforderlich bezeichnet, wird ihm die Lieferung verboten.

§ 2. Mit Gefängnis bzw. Geldstrafe wird nach Maßgabe der eingangs genannten gesetzlichen Bestimmung bestraft, wer dieser Verordnung zuwiderhandelt, sofern nicht noch allgemeinen Strafbestimmungen höhere Strafen verzwirkt sind.

Diese Verordnung tritt mit dem 15. Dezember 1916 in Kraft. Der Oberbefehlshaber in den Marken.

gez.: von Kessel, Generaloberst.

Das nächste Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Freitag, 15. Dezember, in der Neuen Philharmonie, Rönigerstraße 96/97 statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet statt in der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Langenburger Str. 61, bei der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, Zimmer 13 (außer Sonnabends nachmittags) und in den betreffenden Konzertsälen. Der Eintrittspreis ist 30 Pf., Kasseneröffnung 7 Uhr.

Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Straße 120: Heute Mittwoch, dritter „Technischer Abend“. Prof. Dr. Schleginger redet über den „Einfluß des Verlaenges auf Leben und Kultur“, erläutert durch Lichtbilder. Beginn 8 Uhr, Eintritt frei.

Auf dem Wege zur Arbeitsstelle wurde die 10-jährige Bahnarbeiterin Luise Gurlott Dienstag früh auf dem Bahnhof Wilmersdorf-Friedenau von einer Lokomotive erfasst und getötet.

Wegen Ueberschreitung der Höchstpreise ist der Direktor Karl Perret, Berlin-Schöneberg, Jumbroder Straße 18, wohnhaft, mit 3000 M. oder 200 Tagen Gefängnis bestraft worden.

Die Vorstände der Berliner Krankenkassen haben beschlossen, den Kassen den Abschluß eines Abkommens mit der Landesversicherungsanstalt Berlin dahingehend zu empfehlen, daß diese die Durchführung des Heilverfahrens für sämtliche geschlechtsranke Kassenmitglieder übernimmt. Da auch die Verhandlungen der Landesversicherungsanstalt Berlin mit der Ärzteschaft zu einem betrieblichen Abschluß gekommen sind, kann mit der Durchführung der Maßnahmen zum 1. April gerechnet werden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittags. Nimmlich mild, zeitweise aufklarend, jedoch vorübergehend trübe mit öfter wiederholten, im Osten meist geringen, im Westen stärkeren Niederschlägen.

Aus den Gemeinden.

Drewitz (Kreis Teltow). Die Bekämpfung unserer Partei durch Sozialverweigerung und Sozialtreiberei ist noch nicht ausgestorben. In gewissen preussischen Amtsstellen lebt offenbar noch immer der alte „Geist“. In Drewitz (Kr. Teltow) planten unsere Genossen zum verfloffenen Sonntag eine Mitgliederversammlung im Lokal des Gastwirts Schmeltana. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Grogger über „Krieg und Frieden“. Der Wirt hatte, wie das öfteren schon, seine Räume zur Verfügung gestellt, die Versammlung war bei dem Amtsvorsteher in Klein-Bliesdorf ordnungsmäßig angezeigt; eine Bestätigung der Anzeige ging dem Veranfaller rechtzeitig zu. Und dennoch konnte die Versammlung nicht stattfinden. Im letzten Augenblick zog der Wirt seine Zusage zurück mit der hochinteressanten Begründung, der Amtsvorsteher habe ihm durch den Gendarmereiwachtmeyer Jürgens mitteilen lassen, er solle sein Lokal für diese Versammlung nicht hergeben!

Aus eigenem Geiste der Wirt den Veranfaller gegenüber bekümmert hinaus: „Was sollte ich nun tun?“ Er fügte sich, wenn offenbar auch widerwillig, der Weisung des Gendarmen. So wurden der kleine Geschäftsmann um seine Einnahme und die Einwohner um ihr Versammlungsrecht gebracht. Wegen die widerrechtliche Einmischung und Bevormundung durch die behördlichen Organe wird Beschwerde erhoben werden.

Charlottenburg. Am 8. Januar 1917 wird die Abendkurse an der Mädchenfortbildungsschule wieder eröffnet. Es werden zwischen 7 und 10 Uhr kaufmännische Kurse (Stenographie, Maschinenschreiben und Buchführung) eingerichtet und nach Bedarf Kurse für Herstellung von jeder Art Bekleidung aus getragenen Kleidungsstücken, für Ausbesserung und Umänderung angefügt. Anmeldungen werden schon jetzt täglich von 7—8 Uhr im Schulkasse Bismarckstr. 22 in der Geschäftsstelle entgegengenommen.

Reinickendorf. Die Gemeinde stellt einen Posten lebender gemästeter Gänse zum Preise von 2,50 M. das Pfund zum Verkauf. Um eine möglichst gerechte Verteilung zu ermöglichen, werden die Gänse ausgelost. Wer an der Auslosung teilnehmen will, muß sich bis spätestens am 17. Dezember, mittags 12 Uhr, schriftlich beim Gemeindevorstand anmelden. Das nähere möge man aus den öffentlichen Bekanntmachungen ersehen.

Berichtszeitung.

Die verunglückte Tanznummer.

Ein junges Mädchen, das als Anlegier in einer Buchdruckerei arbeitete, lernte in einem Vergnügungsort eine Artistin kennen. Das Freundschaftsverhältnis führte dahin, daß sich die junge Arbeiterin überreden ließ, bei dem Wanne der Artistin in die Lehre zu gehen, um sich als Tänzerin ausbilden zu lassen. Zwischen dem Artisten A. und dem Vater des jungen Mädchens wurde ein Vertrag geschlossen, wonach dieses als Lehrling bei A. eintritt, eine zweijährige Lehrzeit durchzumachen hat, im ersten halben Jahr monatlich 30 M. erhält und später eine Zulage bekommen soll.

Sechs Wochen wurde das Lehrlingmädchen „Hanni“ in der Wohnung des Artisten für eine leichte Tanznummer angeleitet. Dann ging die Reise nach Prag, wo der Lehrmeister mit seiner Truppe ein Engagement hatte. Hanni, die bisher nur auf einem teppichbelegten Fußboden geübt hatte, mußte ihre Nummer nun auf glatten Parkett ausführen. Dabei glitt sie aus, kam zu Falle und stieß so die ganze Nummer um, in der sie mitanzuwirbeln hatte. Infolgedessen legte der Direktor die betreffende Nummer vom Programm ab und kürzte das Honorar des Artisten A. um 200 Kronen. Dieser wollte sich dafür an seinen Lehrlingmädchen Hanni schadlos halten und zahlte ihr deshalb die schuldige Wage für 2 1/2 Monate im Betrage von 75 M. nicht aus.

Vor dem Berliner Gewerbegericht, das der Vater des Lehrlingmädchens anrief, suchte A. die Zahlungsverweigerung mit der Behauptung zu begründen, Hanni habe vorfälschlich die Tanznummer zu Fall gebracht, um von dem Lehrvertrage — der inzwischen gelöst worden ist — loszukommen. Diese Behauptung konnte jedoch nicht bewiesen werden.

Das Gericht verurteilte den Beklagten, der Klägerin die geforderten 75 M. zu zahlen, weil, abgesehen davon, daß die Aufrechnung von Gegenforderungen gegen den Lohn unzulässig ist, der Beklagte nicht berechtigt ist, eine Gegenforderung geltend zu machen, da ihn die Klägerin nicht vorfälschlich oder jahrlässig geschädigt hat.

Aus aller Welt.

Einsturz. Lübeck, 12. Dezember (Z. N.). Der Schacht des Malbergwerkes Friedrich Franz ist am 9. Dezember das Opfer eines gewaltigen Wassereintruchs geworden. Schon seit vor 4 1/2 Jahren die Anlagen des Werkes durch das Gesaugen des 2 Kilometer entfernt gelegenen Bergwerkes Jessenitz in Mitleidenschaft gezogen worden war, war man um das Schicksal des Friedrich-Franz-Bergwerkes sehr besorgt. Ein letzter Versuch, die Grube zu retten, ist vergeblich gewesen. Durch mehrfache Bodenentwässerungen, die sich in der Nähe bemerkbar machten, ist das Grundwasser in den Schacht eingedrungen. Die Hohlgebäude sind unbeschädigt geblieben, so daß darin die chemische Fabrik ihren Betrieb weiter fortsetzen kann.

40 000 Pfund holländischer Wurst verdorben! In einer Verhandlung vor der Bochumer Strafkammer wurde festgestellt, daß ein Vermittler aus Essen in kurzer Zeit für 14 Millionen Mark Wurst für eine holländische Firma vertrieben hat. 400 Zentner dieser Wurst wurden in total verdorbenem Zustand in den Handel gebracht.

Eine zeitgemäße Widmung hat der dänische Schriftsteller Georg Brandes in ein Exemplar seines Buches „Der Weltkrieg geschrieben“, das er einer kopenhagener Wohltätigkeitslotterie spendete. Sie lautet: „Es bedarf nur einer Anzahl mittelmäßiger Köpfe, die als Minister an den in Betracht kommenden Völkern in Europa sitzen, um 200 Millionen Menschen unglücklich zu machen.“

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis (III. Abteilung, Friedrichstadt) 3. Wahlbezirk: Mittwoch, 13. Dezember, bei Rathmann, Wilhelmstr. 118. — 3. Wahlbezirk: Donnerstag, den 14. Dezember, bei Krüger, Zernsdorfer Str. 63.

Steglitz. Zeile, Mittwoch, 13. Dez., abends 8 1/2 Uhr, bei Gemmit, Doppelstr. 7: Mitgliederversammlung. Vortrag des Arbeitervereins Gen. Biffell über: „Warum mußte die Reichstagsfraktion für das Hilfsdienstgesetz stimmen?“ Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen der Mitglieder dringend erforderlich. Der Vorstand.

Wilmersdorf. Mitgliederversammlung Mittwoch, 13. Dez., 8 1/2 Uhr, im Lokal von Schäfer, Brandenburgische Str. 69. Vortrag des Genossen Bartels über: „Krieg und Friedensfrage.“

Friedrichshagen. Heute abends 8 1/2 Uhr bei Wm. Verhe, Friedrichstraße 112: Mitgliederversammlung. Es sind wichtige Angelegenheiten zu erledigen. Die Mitglieder sind gebeten, vollständig zu erscheinen.

Briefkasten der Redaktion.

— D. 101. 1. In der Annahme, daß es sich nicht um die Militärinvalidenvereine, sondern um die staatliche Invalidenrente handelt, die von der Landesversicherungsanstalt gezahlt wird, wird ein Einpruch gegen den Rentenbescheid auszusprechen sein. Zur Prüfung der Sache würden wir aber empfehlen, zu uns persönlich in die juristische Sprechstunde zu kommen. 2. Da die Ausführungsbestimmungen zum Hilfsdienstgesetz noch nicht er-

lassen sind, können wir Ihnen eine bestimmte Auskunft nicht geben. Wir halten es aber für selbstverständlich, daß Sie aus dem Betriebe nicht herausgenommen werden können. Darunter sind nicht nur die aus dem Felde, sondern alle Reklamierten zu verstehen. 3. Wir sind der Meinung, daß der Unternehmer die Verpflichtung hat, Sie davon in Kenntnis zu setzen. — G. B. 100. Sie haben Anspruch auf die erhöhte Unterstützung. — Bilde 32. Es könnte in diesem Fall durch Antrag beim Vormundschaftsgericht dem Vater das Erziehungsgeld aberkannt werden. — Weihen 103. Auch für diese Arbeiter kommt die staatliche

Invalidentversicherung in Frage, es müssen also Marken gestellt werden. — W. G. Pantow. 1. Nein. 2. Ja, wenn eine außergerichtliche Einigung unter den Erben stattfindet. 3. Nein, das kann nur mit Zustimmung aller Erben geschehen. 4. In diesem Falle sind nur die Kinder der Verstorbenen erbberechtigt, nicht der Ehegatte. — M. D. 104. Bei dem von Ihnen angegebenen Verdienst kann Ihnen die Unterstützung gewährt werden. Wenn Sie noch keinen Rentenschein haben, so müßten Sie Antrag auf Rente beim Gemeindevorstand stellen. Wir nehmen an, daß Ihr Mann nicht an einer Kriegsbefähigung verstorben ist; Sie würden

in diesem Falle, wenn eine Dienstbefähigung vorliegt, eine Witwenrente von 300 M. jährlich und für jedes Kind eine Waisenrente von 60 M. jährlich erhalten. — W. 100. Bis zum 15. Dezember. — M. D. 100. Das ist nicht gehalten. — W. 151. Die Rente kann geltend gemacht werden, auch Kündigung kann nach dem im Vertrag vorgelegenen Bedingungen erfolgen, selbst wenn der Mann zum Meeresdienst eingezogen ist. — W. S. 22. Waisenunterstützung ist — wie die Kriegsunterstützung — bei der zuständigen Steuerkasse zu beantragen. Die Waisenunterstützung wird aber in diesem Falle verweigert werden.



Denkt an uns! Sendet
Galeem Aleikum
 (Mohrmundstüch)
Galeem Gold
 (Goldmundstüch)
Sigaretten.
 Willkommenste Weihnachts-Liebesgabe!
 20 Stück, feldpostmäßig verpackt, portofrei!
 30 Stück, feldpostmäßig verpackt, 10 Pf. Porto!
 Orient. Tabak u. Cigarettenfabr. Yenidze Dresden.
 Jnn. Hugo Ziefz, Hoflieferant S. M. Königs v. Sachsen.
 Preis: Nr. 34 4 5 6 8 10
 4 5 6 8 10 12 Pl. d. Stück
 einschließlich Kriegsaufschlag
Trustfrei!

B. FEDER
 Norden: Brunnenstrasse 1, Eingang Weinbergsweg 28
 Osten: Frankfurter Allee 350, Ecke Möglner Strasse
 Süden: Kolibuser Damm 103, an der Kolibuser Brücke
 Westen: Charlottenbg., Scharrenstr. 5, Ecke Wilmsers, Str.
 offeriert **bar Kredit**
 unter günstigsten Zahlungsbedingungen
Herren- und Damen-Garderobe
Knaben- u. Mädchen-Kleidung
 in reicher Auswahl und in guten Qualitäten
Pelzkragen, Pelzmuffen
 in einfacher und eleganter Ausführung
 In besonderen Häuten:
Möbel u. Polsterwaren
 Vollständige
Wohnungs-Einrichtungen
 Inserat mitbringen, 3 M. Wert

Birka 15 Mile
 alle abgedruckte Feuersteine ab Lager-
 platz Wilmsersd., Kallischer, Ecke
 Kollbuser Straße, sofort billig zu
 verkaufen. — Offerten an 10106
Held & Franke Aktiengesellschaft
 SO. 16, am Adnischen Park 1.

**Arbeiter-
 Notiz-Kalender**
 1 * 9 * 1 * 7
 Mit dem Porträt des verstorbenen Reichspräsidenten gefächelt, reich illustriert, enthält der Kalender einen Überblick über die Kriegszeit, die Arbeit und die Kriegszeit angeht. Außerdem reichhaltiges statistisches und Adressen-Material und sonst wertvolle Notizen verdienen besonders hervorgehoben zu werden: Kapitalabfindung an Stelle von Kriegs-Versorgung. — Bücher zur Kriegsführung. — Sozialdemokratie und Weltkrieg. — Was tut die deutsche Sozialdemokratie? von Friedent. — Die Kriegsschichten im 2. Kriegsjahr. — Der alte Soldat.
 Preis gebunden 60 Pf.
 Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstr. 3.

Stoffe
 für Maß-Anzüge, Paletots,
 Damen-Kostüme, Mäntel,
 Meter 10., 14., 16., 20.,
 Seiden-Seal, Astrachan.
 Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.,
 Gertraudenstr. 20-21, gegenüber der
 Petrikirche.

Für Feldsoldaten!
 Deutsch-Polnisch 15 Pf.
 Deutsch-Französisch 15 Pf.
 Buchhandlung Vorwärts.

Den Genossen im Felde
 istes Bedürfnis, über das politische
 und organisatorische Leben in der
 Heimat stets unterrichtet zu sein.
 Darum sendet ihnen regelmäßig
die Neuerscheinungen
 der parteigenössischen Literatur
 des Krieges. Sie sind zu beziehen
 durch die Zeitungsträger oder
 direkt durch die
BUCHHANDLUNG VORWÄRTS
 BERLIN SW. 68, Lindenstraße 3

Steppdecken
 größte Auswahl.
 Kufarbeitung aller
 Steppdecken lohnend.
Bernhard Strohmandel,
 Berlin, Wallstraße 72.

Was schenke ich zu Weihnachten?

Vorwärts-Klassiker
Goethes Werke Mit einer Einführung in das Leben und die Werke des Dichters von Dr. Franz Diederich.
Heines Werke 15 Bände in drei Bänden gebunden mit einer biographischen Einleitung von Franz Mehring.
Reuters Werke Mit einer Einführung in das Leben und die Werke des Dichters von Emil Krause.
Jedes Werk (3 Bände) geb. 5 Mark
Gute Unterhaltungslektüre bietet die Vorwärts-Bibliothek
 Band 1: **Erweckt**, Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger. — Band 2: **Der Ausweg**, Eine Erzählung von Ernst Preczang. — Band 3: **Das Land der Zukunft**, Reisebeschreibung von L. Kollisch, mit einer Einleitung von Paul Göhre. — Band 4: **Verstorbene Volk**, Erzählungen von R. Grötzsch. — Band 5: **Der Prinzipalreiter**, Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Bloß. — Band 6: **In den Tod getrieben**, Zwei Erzählungen von Ernst Preczang. — Band 7: **Der Pariser Garten** und **Anderes** von Minna Kautsky. Band 8: **Mutter**, Ein Frauenchidial von Joh. Ferch. Band 9: **Der Morgen graut**, Erzählungen aus dem Proletarierleben von H. Anderen-Plexö. — Band 10: **1000 Mark Belohnung**, Kriminalroman v. Hans Hyan. Band 11: **Die Heiterkeit**, Eine humoristische Erzählung von O. Ludwig. — Band 12: **Vom Waisenhaus zur Fabrik**, Geschichte einer Proletarierjugend von H. G. Dikreiter. — Band 13: **Der Gotteslästerer**, Roman aus dem Leben der erzgebirgischen Waldarbeiter von A. Ger. — Band 14: **Die Marktenderin**, Erzählung von Erdmann-Chatrian. — Band 15: **Kriegsfabriken in Belgien und Nordfrankreich**, Von Dr. Koeller und G. Noske, Ill. d. R. — Band 16: **Kriegsberichte aus Ostpreußen und Rußland**, Von W. Düwell, Kriegsberichterstatter im Hauptquartier des Ostens. — Band 17 und 18: **Herzen im Kriege**, Schilderungen und Gedichte. Eine Auslese von Dr. Franz Diederich. — Band 19: **Als Zwischenwächter nach Südamerika**, Erzählung von Heinrich Neuenhagen.
Jeder gut gebundene Band 1,20 Mark

Jugendchriften, Märchenbücher und Bilderbücher
 in reicher Auswahl in allen Preislagen.
Ursprung der Religion und des Gottesglaubens Von H. Cunow. Preis 1,50 Mk.
Entwicklungsgeschichte der Erde Von Engelbert Graf. Mit 47 Abbildungen und einem Anhang: Geologische Profile und Erklärungen geologischer Fachausdrücke. 1 Mk.
Deutsche Geschichte v. Ausgang des Mittelalters. Leitfaden für Lehrende und Lernende von F. Mehring. Gebunden 2,50 Mk.
Unterm Brennglas Berliner politische Satire, Revolutionsgeist und menschliche Komödie von Adolf Glasbrenner. Ausgewählt und eingeleitet von Dr. Fr. Diederich. Mit 117 Bildern von Theodor Hofmann, Adolf Schroedter, Wilhelm Scholz, C. Reinhardt, Gultav Bell und anderen. Preis nur 3 Mark, gut gebunden 4 Mark.
Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 Umfang 320 Seiten großes Gebundenformat. Mit 245 Bildern und Dokumenten ausgestattet. Von Hug. Schulz, gegenwärtig Kriegsberichterstatter i. Österreichisch-ungarischen Hauptquartier. Geb. 3 Mk.
Gedichte Alte Lieder. — Sturmlieder vom Meer. — Wach auf! — Soziale Lieder. — An ionnigen Borden. — Winterfaat. — Ausklang. — Reich illustriert von Oskar Jahnke. Preis gebunden 3,50 Mark.
Kriegsfaat Kampfgedichte 1914-1916. Von Franz Diederich. Preis gebunden 2, — Mk., brosch. 1,50 Mk.
Die Zarengeißel Sturmchreie aus hundert Jahren. V. Dr. F. Diederich. Das Thema dieses Buches ist der Kampf gegen den Zarismus, der Rußland blutig knechtet. Es ist ein Kampfbuch voll Unparteilichkeit. Aus dem Sturm des gegenwärtigen Krieges entstanden. Preis 60 Pf.
Herzliche Grüße Geschichten von St. G. o b m a n n. Eine gute Sammlung tiefempfundener Erzählungen der Freuden und Leiden des täglichen Lebens. Preis broschiert 2 Mark, gut gebunden 2,80 Mark.
Der kleine Stadtbaumeister Ein Lehr- u. Spielbuch für Jugend, Eltern und Erzieher von H. Pralle. Mit 15 Abbildungen. im Text u. 17 Tafeln. Heußert lehrreich u. anregend. Preis 1,50 Mk.
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek Ein wertvolles Hausbuch für jede Familie. Geb. 4,50 Mk.

Von Unten Auf Das Werk der besten lozialen Dichtungen. Gefammelt und gestaltet von Dr. Franz Diederich. Mit 26 Bildern. In einem Leinenband 5 Mk., in zwei gut gebundenen Bänden 6 Mk. — Vom drängenden Leben der Zeit will dieses Buch der Dichtung zeugen, vom Leben, das von unten auf treibt und keimt, vom Leben, das schwerste Mühe und heiligste Arbeit ausstelt und alle beste Kraft und die höchsten Opfer vom einzelnen zum Segen des Ganzen fordert.
Ulenbrook Briefe aus der Heide an meine jungen Freunde. Von J. Brand. In diesem vortrefflichen Buch bietet Freund Brand zwölf Briefe, die er den Kindern in zwölf Monaten des Jahres aus seinem Ulenbrook schreibt. Durch jeden einzelnen dieser Briefe lernen die Leser ein besonderes Kapitel der Natur kennen. Gebunden, mit Buchschmuck versehen, Preis nur 1,50 Mark.
Eine Reise nach Island und den Westmänner-Inseln. Reisebriefe und Tagebuchblätter von E. Sonnemann (Jürgen Brand). Mit vielen Illustrationen. — Preis gebunden 2,50 Mark. Der durch sein „Ulenbrook“ schon bekannte Verfasser weiß, daß Kinder sehr gern solche Reisebeschreibungen lesen, darum schrieb er diese Reisebriefe.
Unter Wald Von C. Grottewitz, herausgegeben von W. Bölsche. Mit zahlr. Abbild. Dieses Buch hat bei den bedeutendsten Pädagogen wie in der Presse begeisterte Aufnahme gefunden. Brosch. 2,50 Mk., in Leinenband 3 Mk.
Sonntage eines Großvaters in der Natur Von C. Grottewitz. Vorwort von Wilhelm Bölsche. Mit Buchschmuck und einem Porträt des Verfassers. Das kleine Werkchen fand alleseitige Anerkennung und hat sich viele Freunde erworben. Geb. 1 Mk.
Kreuz u. quer durch den Balkan Reisebeschreibung von L. Celsen. In diesem Buche werden Land und Leute der Balkanhalbinsel fesselnd geschildert. Illustriert von J. Schur. Geb. 1,50 Mk.
Mit dem Cornitter Ungeschminkte Feldzugs-Erinnerungen eines Infanteristen aus dem Jahre 1870. Von Rüdert. Gebunden 1,50 Mark.

Buchhandlung Vorwärts
 Paul Singer G. m. b. H., Berlin, Lindenstraße 3

Leihhaus Moritzplatz 58a
 Größtes Gelegenheits-Kaufhaus dieser Art für Herren- und Damen-Garderobe, Pelz- u. Schmucksachen. Tägl. Verkauf von Kavaliereu wenig getragener sowie im Versatz gewesener Jackett, Rock-Anzüge, Paletots, Ulster, teils aus Seide, enorm billig. Großes Lager in neuer Maßgarderobe, aus feinsten Stoffen in erstklassiger Verarbeitung. Große Auswahl in Damen-Kostümen, Ulstern, Plüsch- u. Astrachan-Mänteln bis zur feinsten Ausführung. Gelegenheitskäufe in Pelzkragen, Pelzinnen, Skunks, Marder, Nerz, Alaska, Blau- und Weißbuchs u. a., in modernster Ausführung, statt 40-250 M. jetzt 20-125 M. Große Auswahl in Herren-Gehelpen, Damen-, Reise-, Wagen-Felzen. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Uhren, Ringe, Brillanten zu enorm billigen Preisen. „Vorwärts“-Leser erhalten 10% extra.